

So so, die große Mehrheit von Ihnen fühlt sich also während des Referendariats "stark" bis "sehr stark" belastet. Und ich dachte immer...



PRAXISSCHOCK ODER BERUFSEINSTIEGSPHASE?

LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Vergangenheit deutlich erhöhten Sanierungs- und Modernisierungsmitteln durch Bund, Länder und Kommunen muss kommen. Dazu aber ist das Hemmnis des grundgesetzlich bestehenden Kooperationsverbotes durch das neue Parlament möglichst bald aufzuheben. Auch hier gilt: „schau ´n mer mal“.



Zum Anderen: auch in Hessen stehen Wahlen (Landtag 2018) vor der Tür. Hier gibt es viel direkter und viel näher als im Bund die Möglichkeit, auch für die GEW Hessen, sich mit klugen Konzepten und Forderungen einzubringen. Die Landesgruppe Berufsbildende Schulen wird hierzu ihren Beitrag leisten und sich deutlich zu Wort melden.

Euch allen pädagogischen Erfolg und berufliche Zufriedenheit wünscht

Euer

Dieter Freund

INHALTSVERZEICHNIS

GEW-Fachgruppe Berufsbildende Schulen - Neuwahlen und Perspektiven	3
news	4
Kunst aus Müll?!	6
DGB – Ausbildungsreport	8
HPRL – Intern	10
AntiAnti – Museum Goes School	12
4.0 – Arbeiten und Lernen für die digitale Arbeitswelt	14
Neue Publikationen	16
IG Metall fordert Investitions- Offensive für Berufsschulen	17
Fortbildung: Ohne Moos nichts los	18
Wettbewerb „Die Gelbe Hand“	21
Neugestaltung Praxisphasen im Studium	22
Berufsschulkonzepte im bundesweiten Vergleich	25
Welcher Lebensweg ist der Richtige? Theater im Berufswahlunterricht	26
Lobbyismus im Klassenzimmer	28
Lehrerfortbildung im Beruflichen Bereich	29
Fake News und Politische Bildung	30
BAG – Fachtage	32

Die Bundestagswahl ist vorbei, eine neue Koalition – Jamaika – kündigt sich an, trotz aller politischen Differenzen und Schwierigkeiten, the show must go on. Dieser Tage habe ich in einer Tageszeitung folgende Karikatur gesehen: In einem Raum saßen die vier „Parteispitzen“ an einem Verhandlungstisch. Durch die offene Tür wird ein Riesenberg von Papieren herein gebracht, alles Eingaben und Forderungen von Organisationen und Lobbygruppen, darunter natürlich auch die Forderungen des DGB und der GEW. Die Erwartungen an die vier Parteien sind hoch und diese werden alle Mühe haben, durch die Ergebnisse der Verhandlungen ihr jeweiliges Klientel zu befriedigen. Wie sagt doch ein Oberlobbyist „schau ´n mer mal“.

Ziemlich sicher ist, dass in der kommenden Legislaturperiode durch „Digitalpakt“ und „Kommunales Investitionsprogramm 2“ ziemlich viel Geld zur digitalen „Aufrüstung“ und zur Linderung des Investitionsstaus an die Schulen fließen wird. Wieviel davon und mit welchen Vorgaben verbunden an der Einzelschule ankommen wird ist derzeit noch nicht absehbar. Und dass diese Mittel angesichts der lange vernachlässigten Infrastruktur und des Zustandes vieler Schulen nicht ausreichen ist auch klar. Insofern sind die angekündigten Programme nur ein erster Schritt. Eine Verstärkung von gegenüber der

GEW-FACHGRUPPE BERUFSBILDENDE SCHULEN – NEUWAHL UND PERSPEKTIVEN

Alle drei Jahre vor der ordentlichen Landesdelegiertenversammlung der hessischen GEW treffen sich die von ihren Kreisverbänden entsandten Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen. Dabei geht es zum einen darum, auf die vergangenen drei Jahre zurückzublicken - das Vorsitzendenteam gibt hierzu seinen Rechenschaftsbericht - und zum anderen darum, in die Zukunft zu schauen. Hierzu hat Ansgar Klinger, der Leiter des Organisationsbereichs berufliche Bildung der Bundes-GEW, einen interessanten und informativen Vortrag gehalten. Ansgar hat einen weiten Bogen geschlagen: So thematisierte er die Folgen des digitalen Wandels für die berufsbildenden Schulen. Hierzu hatte der Gewerkschaftstag der GEW im letzten Mai eine umfangreiche Stellungnahme beschlossen. Für die GEW ist es dabei essentiell, dass die Technik dem Primat der Pädagogik folgt. „Digitale Medien sind ein Mittel zum Zweck und kein Selbstzweck“. Es wird deutlich, dass sowohl Auszubildende wie auch Berufsschulehrer*innen zusätzliche Qualifikationen erwerben müssen. Der Gefahr, dass - wie schon so häufig in der Vergangenheit - mehr in der gleichen Zeit gelernt werden muss, kann nur durch eine überlegte Kür-

zung von Inhalten an anderer Stelle begegnet werden.

Weiterhin hatte der Gewerkschaftstag eine Position zur Bildung in der Migrationsgesellschaft bezogen. Die GEW tritt dafür ein, dass es für alle 16- bis 27-Jährigen ein Recht auf den Besuch einer berufsbildenden Schule gibt. Dabei steht das Ziel im Vordergrund, diese jungen Menschen dazu zu befähigen, eine Ausbildung im dualen System zu beginnen. Die Gruppengrößen dürfen zwölf Schülerinnen und Schüler nicht überschreiten. Es bedarf berufsbildungsspezifischer und altersgemäßer handlungsorientierter Sprachförderkonzepte, womit eine Integration der Schülerinnen und Schüler in eine Regelklasse ermöglicht werden soll.

Die Delegierten diskutierten nach dem Vortrag insbesondere die Frage der Digitalisierung. Dabei wurde durchaus konstatiert, dass die Digitalisierung große Umwälzungen in der Arbeitswelt bringen wird. Zum Teil stellen wir das in der Schule schon fest. Einige Gesamtpersonalräte haben beispielsweise schon Dienstvereinbarungen abgeschlossen, um die elektronische Kommunikation in der Dienststelle

zu regeln. Gleichzeitig formulierten Kolleginnen und Kollegen den Anspruch, das Große und Ganze im Blick zu behalten: Die Verteilung der Arbeit, die durch die Digitalisierung weniger wird (siehe hierzu den Beitrag von Bernd Vogeler auf S. 14/15 in diesem Heft).

Nach dem öffentlichen Teil wählte die Delegiertenversammlung erneut Ralf Becker, Markus Heberling und Carsten Leimbach als Team zum Vorstand der Landesfachgruppe Berufsbildende Schulen.

Carsten Leimbach

Die Landesfachgruppe Berufsbildende Schulen tagt mit etwa 15 Personen aus ganz Hessen vier Mal im Jahr jeweils freitags von 12.00 bis 18.00 Uhr in Frankfurt. Dabei werden in angenehmer Atmosphäre berufsbildungspolitische Themen diskutiert und Aktivitäten beschlossen. Wer Lust hat, uns mal kennen zu lernen, kommt einfach vorbei.

Der nächste Termin ist der 8. Dez. 2017.



Darstellendes Spiel

Mit dem § 35 Abs. 4 des neuen Hessischen Schulgesetzes wird die Möglichkeit geschaffen, im sprachlich-literarisch-künstlerischen Aufgabenfeld im Beruflichen Gymnasium das Fach Darstellendes Spiel anzubieten. Dies wurde von der GEW schon seit langem gefordert. Jetzt muss eine Fortbildungsmaßnahme angeboten werden, damit Darstellendes Spiel auch in der Realität ankommt.

Landtagsanfrage InteA

Am 27.01.2017 stellte die SPD-Fraktion eine „Große Anfrage betreffend Umsetzung des Sprachförderprogramms „Integration durch Abschluss und Anschluss“ (InteA) in Hessen“.

Insgesamt 80 Fragen gibt es zu

1. Beschulung von Seiteneinsteigern und Bildungsintegration
2. Lerninhalten und Anforderungen für gesellschaftliche Integration
3. Sozialpädagogische und psychologische Betreuung und Unterstützung
4. Anschlussfähigkeiten im Bildungs- und Ausbildungssystem

Am 10.07.2017 beantwortete die Landesregierung diese Große Anfrage (DS 19/5100). Sie kann bei der Redaktion angefordert werden.

Landtagsanfrage Ausbildungsförderung

Die Große Anfrage der Fraktion der SPD *betreffend Ziele, Kosten und Effizienz von Ausgaben für Ausbildungsförderung und Ausbildung aus dem hessischen Landeshaushalt* DS 19/3861 beantwortete die Landesregierung mit DS 19/5037 vom 23.06.2017.

Die 33-seitige Antwort der Landesregierung listet alle Ausgaben für Ausbildungsförderung und Ausbildung der jeweiligen Ministerien auf. Detailliert enthalten sind auch die Angaben des Kultusministeriums zu den jeweiligen Schulformen, was Schülerzahlen, Kosten und Abschlüsse bezogen auf 5 Jahre anbetrifft. *Die Antwort kann bei der Redaktion angefordert werden.*

Broschüre Arbeitsplatz

Die GEW Bund hat brandneu eine Broschüre „**Arbeitsplatz berufsbildende Schulen**“ herausgegeben. Berufsbildende Schulen im System der beruflichen Ausbildung, Arbeitsbedingungen, Struktur der Beschäftigten, Ausbildung der Berufsschullehrkräfte sowie ein eigenes Kapitel zu Lehrkräften für Fachpraxis sind die Kapitel der Broschüre.

Erhältlich bei broschueren@gew.de

Schulabbruch – Alarmierend

Fast 6 Prozent der Jugendlichen verlassen in Deutschland die Schule ohne Abschluss. Dabei schwankt

die Quote je nach Schulträger zwischen 1,7 und 15,6 Prozent. Dies zeigt die aktuelle Caritas-Bildungsstudie.

Demnach verließen im Jahr 2015 bundesweit 47.435 Jugendliche die Schule ohne Hauptschulabschluss. Laut der Studie stieg die Quote bundesweit auf 5,9 Prozent und liegt damit über dem Niveau der Jahre 2014 mit 5,7 Prozent und 2013 mit 5,6 Prozent.

www.caritas.de

Modernisierte Ausbildungsberufe

Zum neuen Ausbildungsjahr traten 10 modernisierte Ausbildungsverordnungen in Kraft, darunter: Automobilkaufleute, Biologielaborant/innen, Kaufleute im Einzelhandel sowie Verkäufer/innen.

Qualität im dualen Studium

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hat ein Positionspapier zum dualen Studium beschlossen. Duale Studiengänge werden in ihrer Bedeutung als innovative Bildungsangebote zur Fachkräftesicherung und Gestaltung individueller Bildungsbiographien hervorgehoben und „Empfehlungen zu den Qualitätsdimensionen für duale Studiengänge als Praxisanregungen/Orientierungshilfe“ formuliert.

www.bibb.de/de/11703.php.

Duales Studium mit neuen Rekordzahlen

Die aktuelle Auswertung des

Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigt einen klaren Trend zum dualen Studium auf. Erstmals sind mehr als 100.000 dual Studierende gemeldet.

Neues Unterrichtsmaterial – soziale Mobilität

In kaum einem anderen Land sind soziale Herkunft und Bildungserfolg so eng verknüpft wie in Deutschland. Die neue Unterrichtseinheit diskutiert die Frage nach gleichen Chancen im Bildungssystem. Zwei Porträts illustrieren, wie Aufstieg (dennoch) gelingen kann. Zum Schluss diskutieren die Schülerinnen und Schüler, ob man für einen sozialen Aufstieg unbedingt Abitur und Studium braucht.

www.boeckler.de/39580.htm

Zahlen und Schaubilder zu sozialer Ungleichheit

Wie ungleich ist Deutschland? Wie sieht es bei den Einkommen aus, wie bei den Vermögen? Welche wirtschaftlichen Folgen hat Ungleichheit? Antworten auf neun zentrale Fragen in den FAQs des WSI-Verteilungsmonitors – mit Schaubildern.

www.boeckler.de/wsi_66092.htm

Handreichung Ausbildungsduhlung

Der Bereich Migrations- und Antirassismopolitik des DGB Bundesvorstandes hat eine Handreichung zum Thema **Ausbildungsduhlung und 3+2 Regelung** erstellt. Sie beschreibt die gesetzlichen Rahmenbedingungen und erläutert, *wer* eine Ausbildungsduhlung in Anspruch nehmen kann und *unter welchen Voraussetzungen*. Die MIA-Info beinhaltet sachdienliche Informationen insbesondere für den berufsbildenden Bereich. *Die Handreichung kann bei der Redaktion abgerufen werden.*

Globales Lernen

Das **Portal Globales Lernen** der Eine Welt Internet Konferenz (EWIK) ist die zentrale deutschsprachige Webseite zum Globalen Lernen und zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (www.globaleslernen.de). Zum Angebot gehören kostenlose Bildungsmaterialien, Hinweise auf Veranstaltungen, Fortbildungen und Methodenhandbücher sowie Informationen zu Referentenvermittlung, Nord-Süd-Partnerschaften und Schulprofilbildung u. v. m.

Das **Projekt Grenzenlos** entwickelt Lehrkooperation zu Themen des Globalen Lernens zwischen internationalen Studierenden und Lehrkräften an berufsbildenden Schulen. Die Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika werden zunächst methodisch-didaktisch qualifiziert und vermitteln dann als Lern- und Lehrpartner/-innen Themen des Globalen Lernens an Jugendliche in berufsbildenden Schulen

(www.wusgermany.de/de/auslaenderstudium/grenzenlos).

Spiel mit Zahlen+

18 Prozent höheres Krebsrisiko durch Wurstessen!

Die 18 Prozent stammen aus einer Untersuchung der Krebsforschungsagentur IARC der Weltgesundheitsorganisation (WHO), also einer durchaus seriösen Quelle. Entscheidend ist aber nicht, wie stark das Risiko steigt, sondern wie groß es am Ende ist: Wer keine Wurst isst, hat ein Risiko von fünf Prozent, an Darmkrebs zu erkranken. Für Wurstesser liegt das Risiko laut den Ergebnissen der IARC bei 5,9 Prozent, das heißt nicht mal einen Prozentpunkt höher. Diesem absoluten Anstieg entspricht aber ein relativer Anstieg von 18 Prozent. Das Beispiel zeigt: Eine Zahl

kann stimmen und doch in die Irre führen. Besonders beliebt ist dieser Trick bei Panikmachern. Solche „Spiele“ sind für Unterricht gut geeignet.

Fast jeder zweite Einsteiger befristet

Trotz zunehmenden Fachkräftemangel ist der Anteil der Befristungen an allen sozialversicherungspflichtigen Neueinstellungen nochmals gestiegen: 45 Prozent der neu eingestellten Beschäftigten in 2016 hat nur einen befristeten Arbeitsvertrag erhalten, also etwa 1,6 Millionen Stellen. 2015 waren dagegen 41 Prozent befristet. Insbesondere jüngere Menschen und Berufseinsteiger erhalten in der Regel nur befristete Arbeitsverträge – Entwicklung von Zukunftsperspektiven?? Ist es ein Trost, dass 40 Prozent der Zeitverträge später in unbefristete Stellen umgewandelt werden? Und was macht der Staat als Arbeitgeber? Der Öffentliche Dienst weist den höchsten Anteil an befristeten Neueinstellungen auf!

Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage der Grünen-Bundestagsfraktion.

Plastikschwemme im Meer

Laut wissenschaftlichen Studien landen jährlich weltweit im Schnitt acht Millionen Tonnen Kunststoffabfall in den Ozeanen. Zu begreifen ist diese Zahl erst, wenn man sie umrechnet: Jede Minute wird eine LKW-Ladung in die Weltmeere gekippt.

Näheres unter

www.greenpeace.de/plastikmuell

**Zusammenstellung und Ausführungen
Dieter Staudt**

KUNST AUS MÜLL ?! - DIE VERWIRKLICHUNG EINES SCHULPROJEKTS

Der Eingang des Containers steht offen. In ihm sind viele verschiedene Gegenstände gesammelt und durcheinander gestapelt. In der Mitte des Containers ist nur ein schmaler Spalt zum Laufen übrig. Ein grauer Röhrenfernseher, Stühle aus rotem Plastik oder Holz,



eine Glaslampe sind im Vordergrund zu erkennen. Der hintere Bereich liegt im Dunkeln.

Hundert Meter weiter, im Schulgebäude der Heinrich-Emanuel-Merck-Schule (HEMS) in Darmstadt, sitzt der Kunstkurs der zwölften Klasse des Beruflichen Gymnasiums und diskutiert mit zwei Künstlern und der Kunstlehrerin über die kreative Verwertung und Gestaltung ihres gesammelten Konsummülls. Schülergruppen haben sich gebildet und stellen ihre Vorstellungen und Skizzen im Plenum vor, ihre Pläne werden besprochen und mit Ideen erweitert. „Ich möchte aus Verpackungsmüll, zum Beispiel Eierkartons, ein Vogelhaus bauen und es mit einem Stab aufstellen. Um den Stab herum werde ich in leere PET-Flaschen

Blumen pflanzen. Damit soll Biologisches mit Künstlichem verbunden werden.“ Diese Ideenentwicklung stammt von Laura T. Max S. und Jessica Z. haben sich vorgestellt, eine Stadt aus Cornflakes- und Tetrapackungen zu bauen. „Wir möchten alle Verpackungen grauanmalen, um die Luftverschmutzung zu verdeutlichen.“ Der Vorschlag von jemandem aus dem Kurs war, eine Fabrik in die Stadt zu bauen und nur alles leicht grau anzusprayen, was in der „Windrichtung“ der Fabrik liegt. Der Vorschlag wurde positiv aufgenommen und umgesetzt.

Diese Kunststunde gehört zum Halbjahresprojekt „Werkstoff_Kunststoff_Nutzstoff“ und zielt darauf ab, Stoffen den Stempel „Müll“ zu nehmen und aus ihnen Kunstwerke zu kreieren. Die Anfangsidee stammt von Anja Trieschmann, Leiterin des Kunstkurses. Sie ist ehemalige Journalistin mit Schwerpunkt Kunstkritik. Mit den Künstlern Jörn Heilmann und Stefan Ritter arbeitete sie das Gesamtkonzept aus. Beide Künstler kommen aus Darmstadt, sie gestalten Großflächen und leiten kreative Workshops. Dass Künstler zusammen mit Schüler/innen an einem Projekt arbeiten, kommt selten vor und verleiht dem Projekt mehr Professionalität. Gleichzeitig lockert sich die Atmosphäre im Kurs und das Gefühl, auf Augenhöhe zu arbeiten, setzt ein.

Der Großteil der Gegenstände im Container stammt aus dem alltäglichen Gebrauch im Haushalt: Ausgewaschene Joghurtbecher, Plastikflaschen, Schokoladenverpackungen liegen zwischen Tischen, Deckeln und Kleiderbügeln verteilt. Es wurde beim Sperrmüll gesammelt oder manche Gegenstände, wie zum Beispiel ein alter Overheadprojektor, stammen von der Schule.

Eine Exkursion führte den Kunstkurs zum Recyclinghof des EAD (Eigenbetrieb für kommunale Aufgaben und Dienstleistungen) in Darmstadt. Eine Mitarbeiterin erklärte verschiedene Methoden zur Trennung und Weiterverarbeitung der Müllsorten, Sperrmüll, Altholz und Elektroschrott. Nach der kurzen Führung durften die Schüler/innen sich genauer umsehen und Materialien, die sie interessant und nutzbar fanden, mitnehmen. Beliebt war der Elektroschrott, besonders die Platinen und der Metallschrott, aber auch Lampen, ein Puppenbett oder alte Backformen fanden ihren Weg in den schulischen Container.



Bevor es jedoch zur Kunststunde kam leistete die Gruppe viel Inputarbeit. Das Halbjahr begann mit einer Einführung ins Skizzieren und Zeichnen. Dazu lernte der Kurs Schattierungstechniken, wie zum Beispiel Punkte oder feine Striche zu nutzen. Zur praktischen Übung suchten sich die Teilnehmer einen Müllgegenstand aus und zeichneten diesen. Die Skizzen entstanden vor den Plastiken von Tony Cragg. Der englische Künstler hatte einen Teil seiner Sammlung „Unnatural Selection“ im Hessischen Landesmuseum in Darmstadt ausgestellt. Eine der Kunststunden führte die Schüler/innen dort hin, um an den Plastiken, die keine realistischen Formen zeigen, ein Gefühl dafür zu bekommen, Strukturen zu erfassen. In dem großen Raum war es totenstill. Alle saßen mit Blöcken auf dem Boden und waren in ihre Arbeit vertieft. Als ihnen mitgeteilt wurde, dass die Zeit der Unterrichtsstunde vorbei war, hatten viele das Gefühl, sie wären aus einer Blase erwacht.

Im Müllheizkraftwerk in Darmstadt schaute sich der Kurs an, wo der Haushalts- bzw. Industriemüll landet. Die Werksführung begann an den Müllbunkern: Ein meterhoher Berg, bunte zerfledderte Müllsubstanz, für viele ein ungewohnter Anblick, so viel Abfall an einem Ort anzutreffen. Zehn Meter über dem Müllbunker sitzt der Kranführer auf einer Glasplatte, um den Überblick über den Müllberg nicht zu verlieren. Mit vierarmigen Krankrallen steuert er den Müll aus dem Bunker in den Ofen, dort verbrennt er. Die Recherchen und der Ausflug sollen den Schüler/innen helfen, sich mit dem Thema „Müll“ auseinanderzusetzen.



Die Erfahrung der Exkursion steht im Gegensatz zur Arbeit und Atmosphäre in der Schule. Dort wird viel zusammen gearbeitet und geholfen, es herrscht ein ständiger Austausch der Gedanken und niemand ist auf sich alleine gestellt. Eine Aufgabe für Zuhause war es, sich mit dem Müllkreislauf auseinanderzusetzen und darüber zu recherchieren. In einer der folgenden Unterrichtsstunden informierten sich die Jugendlichen gegenseitig über die Folgen von Mikroplastik, Kunststoffteilchen in Mikro- und Nanogrößen und weggeworfenen Plastiktüten: Allein im Jahr 2010 kamen in Europa 95 Milliarden Tüten in Umlauf. Andere befassten sich mit der Weiterverarbeitung von Elektroschrott und Biomüll und informierten darüber.

Hierbei wird deutlich, dass die Gegenstände, die weggeschmissen werden, oft noch nutzbar sind. Nicht nur, zum Kunst kreieren; auch können sie ihrer Originalfunktion entfremdet und weiterverwendet werden. Plastikflaschen können aufgeschnitten und mit Salat bepflanzt werden, aus alten Gummistiefeln können Blumen wachsen.

Die Zeichnungen, die früh im Halbjahr angefertigt wurden, dienten als Inspiration für die Weiterarbeit. Die Schüler/innen, alleine oder in Gruppen, nutzten den gezeichneten Gegenstand, um ihn mit weiteren Objekten zu erweitern. Ob daraus eine erkennbare Figur oder eine nicht definierbare Form entstehen würde, war ihnen überlassen.

Das Projekt der Schüler/innen hat ein Ziel: Gemeinsam gestalten sie eine Ausstellung, in dieser wird der Prozess ihrer Arbeit präsentiert und den Besuchern ihr Hauptziel verdeutlicht: dass weggeworfene Gegenstände nicht gleich Müll sind. Gezeigt werden ihre Zeichnungen und Skizzen der Gegenstände sowie die fertigen Objekte aus Müll mit ihren entsprechenden Entwicklungsprozessen.

An zwei Workshop-Terminen, je vierstündig nachmittags, arbeiteten die Schüler/innen mit den gesammelten Gegenständen, um sie nach ihren Vorstellungen in Objekte umzuwandeln. Gesägt, gehäm-

mert und geklebt wurde in der Schule und im Schulhof, die Sonne schien und es herrschte hochkonzentrierte Stimmung. An der Außenwand der Schule standen Kisten mit Schneidewerkzeugen, Malzubehör, Klebmaterial und Akkuschraubern. Die Jugendlichen, die erst von der Länge des Workshops abgeschreckt waren, zeigten sich am Ende überrascht, wie schnell

die Zeit verging. Sie redeten und lachten miteinander, im Hintergrund lief Musik. Die jungen Künstler wandelten einen Röhrenfernseher in einen Mini-Garten um, nähten aus alten Stoffresten Kleidung oder stellten symbolisch dar, dass Menschen in Medien gefangen sind. Aus PET-Flaschen entstand ein bunter Locken-Kronleuchter und aus Elektroschrott ein Cyberhundchen. So wanderte der Sperrmüll - ein buntes verwandeltes Kuriositätenkabinett - schließlich aus dem Container am Schulhof in die Ausstellung in der Foyer-Galerie.

Katharina Coutandin (Kunstkurs 12)

(Alle Fotos: Jörn Heilmann, Diplom Kommunikationsdesigner)

Zum zwölften Mal in Folge stellt die DGB-Jugend den Ausbildungsreport vor. An der repräsentativen Befragung haben sich 12.191 Auszubildende aus den laut Bundesinstitut für Berufsbildung 25 häufigsten Ausbildungsberufen beteiligt.

DGB AUSBILDUNGSREPORT 2017: DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

Auch wenn 71,9 Prozent der Auszubildenden mit ihrer **Ausbildung zufrieden** sind:

1. 36,2 Prozent der Auszubildenden müssen regelmäßig **Überstunden** machen
2. 4,2 Stunden arbeiten die Auszubildenden, die regelmäßig **Überstunden** machen müssen, **durchschnittlich pro Woche** mehr
3. 13,4 Prozent der Auszubildenden bekommen für ihre Überstunden weder einen **Freizeitausgleich** noch eine **Bezahlung**
4. 11,6 Prozent der Auszubildenden **unter 18 Jahren** müssen in der Woche mehr als 40 Stunden arbeiten, obwohl das gesetzlich verboten ist
5. 35,4 Prozent der Auszubildenden haben **keinen betrieblichen Ausbildungsplan**, obwohl dieser gesetzlich vorgeschrieben ist
6. 11,5 Prozent der Auszubildenden müssen „häufig“ oder „immer“ **ausbildungsfremde Tätigkeiten** ausüben
7. 10,3 Prozent der Auszubildenden steht ihr_e Ausbilder_in „selten“ oder „nie“ am **Ausbildungsplatz zur Verfügung**
8. 10,3 Prozent der Auszubildenden werden „selten“ oder „nie“ von **ihrem_ ihrer Ausbilder_in** betreut
9. 736 Euro ist die **durchschnittliche Ausbildungsvergütung** über alle Ausbildungsjahre, Berufe und das Geschlecht hinweg (tariflicher Durchschnittswert 854 Euro). In männlich dominierten Berufen liegt die Ausbildungsvergütung mit durchschnittlich 729 Euro um etwa 17 Prozent über dem der von Frauen bevorzugten Berufen (621 Euro)
10. 42,6 Prozent der Auszubildenden im letzten Ausbildungsjahr wissen noch nicht, ob sie im **Anschluss an ihre Ausbildung übernommen** werden
11. 24,7 Prozent der Auszubildenden haben „immer“ oder „häufig“ Probleme, sich nach der Ausbildung **in der Freizeit zu erholen**

Themenschwerpunkt 2017: Qualität der Berufsschule

Die Qualität der Berufsschule war bereits im Jahr 2012 Schwerpunkt des Ausbildungsreports. **Fünf Jahre später muss konstatiert werden, dass es keine wesentlichen Verbesserungen gegeben hat.**



- ◆ 58 Prozent der Auszubildenden finden die **fachliche Qualität des Berufsschulunterrichts** „sehr gut“ oder „gut“
- ◆ Nur die Hälfte (50,4%) der Auszubildenden fühlt sich durch den Besuch der Berufsschule gut auf die theoretische Prüfung vorbereitet
- ◆ Die Atmosphäre macht's: 84 % der Auszubildenden, die sich „sehr gut“ auf die Abschlussprüfung vorbereitet fühlen, bewerten die **Lernatmosphäre** in der Berufsschule „immer“ oder „häufig“ als gut.
- ◆ Die **Abstimmung zwischen Betrieb und Berufsschule** ist entscheidend: Nach wie vor bewerten nur die Hälfte (49,6%) der Auszubildenden die Abstimmung als „sehr gut“ oder „gut“ mit Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit der fachlichen Qualität des Berufsschulunterrichtes und die Vorbereitung auf die theoretische Prüfung
- ◆ Mit 21,5 Auszubildenden im Schnitt pro Klasse ist die **durchschnittliche Klassengröße** seit 2012 noch gestiegen.

Generell lässt sich feststellen, dass die Bewertung der Ausbildungsqualität stark von der jeweiligen Branche, aber auch von der Größe des Ausbildungsbetriebs abhängt. Die besten Bewertungen geben Mechatroniker/innen, Zerspanungsmechaniker/innen, Elektroniker/innen für Betriebstechnik, Industriemechaniker/innen und die Industriekaufleute ab. Die schlechtesten Bewertungen finden sich, wie in den letzten Jahren, im Hotel- und Gaststättengewerbe, bei den Friseur/innen, Fachverkäufer/innen im Lebensmittelhandwerk, Anlagemechaniker/innen und zahnmedizinischen Fachangestellten.

Der DGB erwartet von der nächsten Bundesregierung:

- ◆ dass sie endlich das Berufsbildungsgesetz, kurz BBiG, reformiert, um Ausbildung zu verbessern und einen sicheren rechtlichen Rahmen für die Ausbildung auch in Zukunft zu gewährleisten. Dazu gehört auch eine Regelung, welche die Zusammenarbeit von Betrieben und Berufsschulen besser verzahnt
- ◆ eine gesetzliche Regelung, die vorschreibt, dass die Azubis drei Monate vor ihrem Ausbildungsende erfahren, ob sie übernommen werden (Ankündigungsfrist)
- ◆ einen Berufsschulpakt, mit dem sich Länder und Bund verpflichten, die Berufsschulen zu sanieren und zu modernisieren und für die notwendigen Lehrkräfte zu sorgen
- ◆ eine Ausbildungsgarantie für alle an einer Ausbildung interessierten jungen Menschen
- ◆ den Ausbau der Assistierten Ausbildung über 2018 hinaus.

Die GEW-Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen sehen im Ausbildungsreport einen Beleg für die langjährigen Forderungen an die Länder, die Rahmenbedingungen für das Lernen in den berufsbildenden Schulen nachhaltig zu verbessern. Die Bundesfachgruppen betonen aber nach wie vor, dass auch die nicht duale Berufsausbildung, u.a. die vollzeitschulischen Berufsausbildungen in den Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialberufen, mehr Anerkennung und Wertschätzung und einer Qualitätsverbesserung bedürfen.

Der Ausbildungsreport 2017 kann unter www.jugend.dgb.de/ausbildung herunter geladen werden.

Kommentar

Viele Unternehmen und Betriebe leiden unter dem Fachkräftemangel, in manchen Branchen leiden Lehrlinge unter schlechten Ausbildungsbedingungen. Was hat das Eine mit dem Anderen zu tun? Viel, denn gerade Branchen und Betriebe, die Auszubildende schlecht behandeln, beklagen auch häufig einen Mangel an qualifiziertem Personal. Zum Verständnis: Kein Auszubildender wird Schaden erleiden, wenn er mal länger arbeitet als vereinbart oder einen Botengang erledigt. Und mit Druck muss man in fast jedem Beruf umgehen können. Aber wenn die angehenden Berufstätigen systematisch ausgenutzt werden oder immer wieder Arbeiten erledigen müssen, die rein gar nichts mit ihrer Lehre zu tun haben, gehört das abgestellt. Nicht nur zum Schutz der jungen Menschen, sondern auch aus Eigeninteresse der Betriebe. Denn wer mit dem Nachwuchs so umgeht, braucht sich nicht zu wundern, wenn er künftig keinen mehr findet. Aber mit etwas Fingerspitzengefühl, Organisation und Respekt ließe sich die Situation der Azubis in vielen Fällen sicherlich verbessern.

Ralf Heidenreich, DE 01. Sept. 2017



Die Schwerpunkte der Arbeit des Hauptpersonalrats in den letzten Monaten waren viele Verordnungsentwürfe zur Umsetzung des neuen Schulgesetzes (hierzu wird der HPRLL nach HPVG nur angehört), die Sondermaßnahmen zur Entgegnung des Lehrkräftemangels in den Bereichen Grund- und Förderschule und die Qualifizierung von Schulleitungen. Hinzu kamen Erörterungen, die noch nicht abgeschlossen sind, zu Stellenzuweisung und zum Erlass zur Ausschreibung von Beförderungs- und Funktionsstellen.

A 15 Stellenverteilung

Hier wurde ein transparentes Verfahren vorgelegt, wie die im Haushalt zur Verfügung stehenden Abteilungsleitungsstellen auf die einzelnen berufsbildenden Schulen in Zukunft verteilt werden sollen. Alle Anregungen des HPRLL wurden von der Dienststelle übernommen, ein Erfolg unserer Arbeit. Dennoch bleibt noch viel zu tun. Die Stellen im Haushalt reichen bei weitem nicht aus, um den realen Bedarf abzudecken. Hier müssen politische Initiativen gegenüber den Parteien folgen.

BÜA

Inhaltlich ist noch nicht viel zu sagen, außer der grundlegenden Kritik, die die GEW bereits geäußert hatte und die jetzt auch weiterhin aus den Schulen vorgebracht wird. Zum Schuljahresbeginn mussten die Schulen mit der bisherigen Zuweisung auskommen. Es gab aber auch die Möglichkeit der Nachsteuerung. Die endgültige

Stellenzuweisung ist noch nicht geklärt. Nach Ausschreibung im Amtsblatt ist eine Stundentafel von 33 Stunden für das erste Jahr vorgesehen. Informationen zufolge sollen aber nur 30 Stunden zugewiesen werden. Der HPRLL wird die Problematik nach den Herbstferien mit dem HKM erörtern. Darüber hinaus ist der HPRLL durch Ralf Becker in der Steuerungsgruppe vertreten. Anregungen, Kritik, Beschwerden usw. bitte per Email an r.becker.gew@gmx.de

Schulleitung nach Maß - QSH

Dem Minister bzw. der Landesregierung sind kritische Schulleitungen und deren Äußerungen in der Öffentlichkeit offensichtlich ein Dorn im Auge. Damit dies in Zukunft minimiert wird, plant der Minister ab 2021 nur noch Menschen zu einer Schulleitungsbewerbung zuzulassen, die vorher eine Schulung des Ministeriums durchlaufen haben und in einem Verfahren als geeignet bewertet wurden. Hinzu kommt noch, dass die Teilnahme an der Schulung von der Empfehlung des Schulleiters bzw. der Schulleiterin abhängig gemacht werden soll. Alle potenziellen Schulleiter_innen - ob für eine einzügige Grundschule oder eine große berufsbildende Schule - sollen das gleiche Verfahren durchlaufen. Der HPRLL hat dies vehement abgelehnt und für alle potentielle Schulleitungsmitglieder Möglichkeiten für Voramtfortbildungen gefordert, die sie nach ihren individuellen Bedürfnissen auswählen können. Jedoch halfen selbst gute und vielfältige Argumente nichts, das Ministerium setzte seine Idee

der Hierarchisierung von Schule durch. Da helfen anscheinend nur noch Neuwahlen und Individualklagen vor Verwaltungsgerichten, um dies zu stoppen.

SBS und Arbeitsbelastung

Bei selbständigen Schulen „B ist häufig eine ‚geplante‘ Unterbesetzung zu verzeichnen, da diese Schulen die Möglichkeit haben, entsprechende Personalmittel in Geldmittel umzuwandeln“ (Kultusminister Lorz in der Landtagsdrucksache 19/4523). Aus Budgetmitteilungen des HKM ist bekannt, dass diese umgewandelten Geldmittel nur in geringem Maße verausgabt werden und nach drei Jahren verfallen. Ein weiterer Beleg, dass SBS zu höheren Arbeitsbelastungen führt, hier durch ‚geplante‘ Unterbesetzungen.

INTEA und VOGSV

Während in den meisten Verordnungsentwürfen lediglich die Neuerungen des Schulgesetzes umgesetzt wurden, sind im Entwurf der Verordnung zur Gestaltung des Schulverhältnisses (VOGSV) Dinge festgelegt, die zu massiver Mehrarbeit wie bei der Förderplanarbeit oder zu einer Festlegung von mangelnden Ressourcen und einer wenig zukunfts-trächtigen Form wie bei INTEA führen. Der HPRLL hat dies intensiv mit dem HKM diskutiert und in seiner Stellungnahme die Kritik wiederholt. Ob dies fruchtet, ist abzuwarten, da die neue Verordnung noch nicht veröffentlicht wurde.

Ralf Becker

QUER - UND SEITENEINSTIEG

Die GEW kritisiert schon seit Jahren den Mangel an ausgebildeten Berufsschullehrkräften. Aber sie hat auch schon frühzeitig darauf hingewiesen, dass der Traum von der demographischen Rendite ausgeträumt ist. So sind seit einigen Jahren steigende Geburtenraten zu verzeichnen, die jetzt an den Grundschulen insbesondere in den Ballungsräumen ankommen. Und welch Wunder, es fehlen jetzt massiv Grundschullehrer_innen. In den nächsten Jahren wird sich dies dann im Bereich Haupt- und Realschule fortsetzen und die Situation im berufsbildenden Bereich wird anschließend nicht besser.

Situation Berufsbildende Schulen

Nur rund die Hälfte der hauptamtlichen Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen verfügt über ein Lehramt für diese Schulen. Rechnet man die at-FL hinzu, sind es zwei Drittel. Der Rest verfügt über ein anderes Lehramt bzw. fast 20 Prozent über kein Lehramt. Schon seit Jahrzehnten gibt es die Möglichkeit des Quereinstiegs für Uniabsolventen ins Referendariat und seit vielen Jahren den Seiteneinstieg ins Lehramt (QUISS) in den Berufsfeldern Metall und Elektro. Aber all diese Maßnahmen reichen nicht aus, um die frei werdenden Stellen zu besetzen.

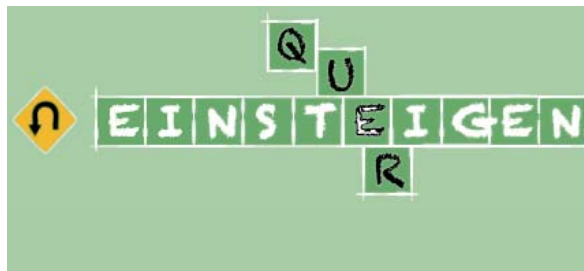
Neue Maßnahme QuEM

Das Ministerium plant deshalb wieder eine Maßnahme für FH-Ingenieure Metall oder Elektro zum Erwerb des Lehramts berufsbildende Schulen (QuEM). Im Gegensatz zur Maßnahme vor rund 10 Jahren soll hier nicht mehr das

1. und 2. Staatsexamen abgelegt werden. Wie bei den QUISS-Absolventen soll durch die Gleichstellung der Abschlussprüfung das Lehramt erworben werden.

Das Ministerium hat dem HPRL bereits einen ersten Erlassentwurf für die Maßnahme QuEM vorgelegt. Die Maßnahme soll zum 1.2.2018 beginnen und 3,5 Jahre dauern. Als 2. Fach sind ausschließlich Mathematik oder Informatik vorgesehen. Die Unterrichtsverpflichtung soll im Umfang einer halben Stelle sein und die Kosten für die Maßnahme sollen sich HKM und Schulen teilen. Das HKM begründet dies damit, dass die Schulen ohnehin die Stellen nicht besetzen könnten und somit die Stellenkontingente vorhanden seien.

Nach der ersten Erörterung wurde ein Verlaufsplan vorgelegt.



Im ersten Halbjahr besteht keine Unterrichtsverpflichtung und es soll neben Hospitationen der universitäre Teil der pädagogischen Ausbildung und das 2. Fach nachgeholt werden. Dies wird im 2. Hj. fortgesetzt und ab dem 3. Hj. erfolgt die Ausbildung im Studienseminar. Im 7. Hj. ist die Gleichstellungsprüfung vorgesehen. Die Unterrichtsverpflichtung wird gestaffelt mit weniger Stunden am Anfang und mehr Stunden am Ende der Maßnahme. Die Erörterung der Maßnahme ist noch nicht abgeschlossen. Insbesondere die Frage der Anrechnung

für die Schulen und der Entlastung der betreuenden Lehrkräfte an den Schulen ist noch zu klären.

Wertung

Die geplante Maßnahme löst nicht das Problem. Damit der Beruf attraktiver wird, müssen die generellen Rahmenbedingungen (Bezahlung, Arbeitszeit, Schulausstattung, Arbeitsverdichtung usw.) verbessert werden.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt. Während für Menschen außerhalb der Schule relativ ausreichend ausgestattete Maßnahmen wie QuEM zum Erwerb des Lehramts angeboten werden, werden Menschen mit Lehramt Gymnasium oder HR ohne Freistellung und Weiterbildung an Berufsbildenden Schulen eingestellt und ins kalte Wasser geworfen, werden Möglichkeiten zum Erwerb des Lehramts für at-FL ungenügend ausgestattet und für Lehrkräfte ohne Lehramt wird gar nichts angeboten. Eine Wertschätzung der Menschen, die bereits im System sind, ist dies nun wahrlich nicht.

Deshalb brauchen wir Weiterbildungsmaßnahmen mit Freistellungen für alle Lehrkräfte mit einem anderen Lehramt, Maßnahmen für at-FL zum Erwerb des Lehramts mit realistischen Rahmenbedingungen, Maßnahmen für Lehrkräfte ohne Lehramt, die bereits eingestellt sind, mit realistischen Rahmenbedingungen und dringendst Entlastungen für ausgebildete Lehrkräfte, damit sie die anderen KollegInnen auch im notwendigen Maße unterstützen können.

Ralf Becker

„ANTI ANTI – MUSEUM GOES SCHOOL“

- EIN INTERVIEW

insider: Frau Dr. Kanbicak, Sie sind die Projektleiterin des Programms „Anti Anti – Museum Goes School“. Bitte erläutern Sie uns den Titel des Programms.



Kanbicak: AntiAnti steht für eine Haltung gegen Antisemitismus, gegen antimuslimischen Rassismus und gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Der zweite Teil des Titels beschreibt die Tatsache, dass das Museum – vertreten durch das Projektteam – die eigene Komfortzone verlässt und in die Schule geht! Dies bedeutet, dass sich das Museum einem breiteren Publikum öffnet. Das Jüdische Museum Frankfurt ist das erste eigenständige Museum in der Bundesrepublik Deutschland, das mit der Aufgabe gegründet wurde, jüdische Geschichte und Kultur an eine breitere Öffentlichkeit zu vermitteln. Angesichts der Zunahme von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus hat diese Aufgabe in den vergangenen Jahren an Bedeutung und Brisanz gewonnen. Diesen gesellschaftlichen Entwicklungen stellen wir uns ganz akzentuiert mit diesem kulturellen Bildungsprogramm.

I.: Welche Ziele verfolgen Sie mit dem Programm?

K.: Unser Ziel ist es, durch Anregung zu realistischer Selbstreflexion und Aufklärung sowie Begegnung mit sozial „Anderen“ die Persönlichkeit von bildungsbenachteiligten Jugendlichen zu fördern. Durch Begegnungen mit dem Judentum, dem Kennenlernen monotheistischer Religionen und einer kritischen Betrachtung medialer Darstellungen von Jüdinnen und Juden und Muslima und Muslimen

werden Stereotype dekonstruiert und Fremdzuschreibungen kritisch hinterfragt. Die schulische Wirklichkeit bildet das gesamte Spektrum gesellschaftlicher Heterogenität ab und ist der Ort, an dem wir eine breite Öffentlichkeit erreichen können. Schule ist zugleich der Ort, an dem neben Lerninhalten vor allem auch Werte und Normen vermittelt werden und sich Persönlichkeiten entwickeln. Daher leistet dieses kulturelle Bildungsprogramm einen konkreten Beitrag zur Primärprävention gegen Extremismen im Kontext von Schule.

I.: Ihr Programm richtet sich an Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen, warum gerade an diesen Bereich und dieses Klientel?

K.: Das Programm ist an berufsbildenden Schulen angesiedelt, in denen der Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund oder mit brüchigen Bildungsbiografien besonders hoch und das kulturelle Bildungsangebot zugleich gering ist. Simplifizierende Feind-/Freund-Schemata werden in

Radikalisierungsprozessen aufgebaut und mobilisieren „frustrierte, ziellose und gewaltaffine“ Jugendliche. Diesen gesellschaftlichen Entwicklungen möchte das Jüdische Museum mit diesem kulturellen Bildungsprogramm begegnen, das sich dezidiert an bildungsbenachteiligte Schülerinnen und Schüler richtet und junge Menschen, insbesondere in der Übergangsphase von Schule zur Erwerbstätigkeit (Adoleszenz), stärken soll.

I.: Das Programm ist jeweils auf ein halbes Jahr ausgelegt. Was sind die konkreten Inhalte und Organisationsformen des Projekts?

K.: Das Workshop-Angebot besteht aus fünf Lerneinheiten für die teilnehmenden Klassen, die als ganztägige Veranstaltungen – das heißt mit jeweils sechs Unterrichtsstunden – an unterschiedlichen Lernorten durchgeführt werden. Zu diesen Lernorten gehören sowohl das unmittelbare Lebensumfeld wie auch ein Unterrichtsgang im Museum Judengasse, bei dem die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede von Judentum und Islam thematisiert wurden und der Besuch einer jüdischen Einrichtung.

Um das Kollegium der teilnehmenden Schule in das Projekt einzubinden und transkulturelle Kompetenzen von Lehrerinnen und Lehrern im Umgang mit Diversität im schulischen Alltag zu stärken, sind im Rahmen des Programms drei Lehrerfortbildungen vorgesehen. Diese Fortbildungen bieten den Lehrkräften die Chance, sich ein differenziertes Bild über politisch-religiösen Extremismus und seine gesellschaftlichen Implikationen zu machen. Darüber hinaus fördern sie

die Selbstreflexion über die eigene Positionierung und Haltung in Konfliktsituationen.

Die dritte Säule des Programms bildet eine fortlaufende Evaluation, welche die Wirksamkeit des Programms analysieren und der steten Justierung der einzelnen Lerneinheiten dienen soll. Die Evaluation bildet die Grundlage zum Aufbau eines Kompetenznetzwerks und soll in Form einer Publikation zur Verfügung gestellt werden.

I.: *Von Februar bis Juni 2017 haben Sie das Programm als Pilotphase in einer Klasse der Philipp-Holzmann-Schule in Frankfurt durchgeführt. Welche Erfahrungen haben Sie als Projektleiterin damit gemacht und wie haben die Schülerinnen und Schüler das Projekt aufgenommen?*

K.: Die Schüler und die Schülerin haben sich mit Freude auf das experimentelle Projekt eingelassen, sie haben aktiv mitgearbeitet und waren stets neugierig auf den nächsten Workshop. Aus Gesprächen mit den Jugendlichen im Rahmen der Evaluation zeigten sich vor allem vier positive Dimensionen des Projekts.

1. Wissens- und Lernzuwachs: Es stellten sich „Aha-Effekte“ - und weitergehende Lerneffekte - ein, etwas so bisher nicht gesehen zu haben, jetzt neu zu verstehen und weiter neugierig zu sein.
2. Bildungserlebnis durch neue, bereichernde Erfahrungen und verantwortungsbewusste Produktivität.
3. Die Klasse und das Soziale, Gemeinschaft erleben wurden hervorgehoben.
4. Das Setting war anders als konventionelle Schule. Genannt werden konkrete Elemente des Lerngeschehens wie Sich-einbringen, keine Sitzordnung, sich bewegen können, abwechslungsreiche Aktivitäten.

Die Lernenden fühlten sich geachtet und Wert geschätzt. Es ist uns gelungen, neue insbesondere emotionale Zugänge zu den Themen des Jüdischen Museums zu gestalten. Alle Äußerungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigen, dass die Ergänzung von eng schulbezogenen durch außerschulische Formate viele Lernende anspricht; an ihnen sind sie interessiert, machen sie neugierig und erfahren dabei Nachdenklichkeit, Lernzugewinne und Anerkennung.

I.: *Das Programm ist nach Ihren Angaben für die nächsten fünf bis sieben Jahre finanziell gesichert. Was heißt das konkret und wer übernimmt die Finanzierung?*

K.: Die Pilotphase wurde ausschließlich aus Drittmitteln finanziert und auch die nun folgende Ausweitung des Programms auf mehrere Berufsschulen wird durch das großzügige Sponsoring von vonovia ermöglicht.

I.: *Herr Prof. Hafener, die Pilotphase wurde von Ihnen evaluiert. Wie haben Sie das gemacht und welche Erkenntnisse wurden dabei aus wissenschaftlicher Sicht gewonnen?*

H.: Es waren drei Vorgehensweisen: Ich habe erstens während des Projektes mit den beiden pädagogischen Mitarbeiter*innen inhaltliche und konzeptionelle Reflexionsgespräche geführt, war zweitens bei einem Modul – teilnehmend beobachtend – anwesend und habe drittens am Ende des Projektes mit zwei Lehrer*innen, den beiden pädagogischen Mitarbeiter*innen und den Schüler*innen evaluative (leitfadengestützte und zugleich offene) Interviews durchgeführt. Dabei hat

mich vor allem interessiert, wie sie das Projekt einschätzen, was sie gelernt haben und was ihnen wichtig war. Dabei gab es von Allen durchweg positive Rückmeldungen: Die Schüler*innen betonten u. a. die produktive Anlage und das praktische Tun (ein Bildungserlebnis, anders wie Schule), dass sie was über Religionen gelernt haben, erstmals im Museum waren, und dass sie sich besser kennen und verstehen gelernt haben. Für die Lehrer*innen war es ein Zusammenwachsen der Gruppe, die produktive Ergänzung zum Schulunterricht, und dass es zugleich ein Fortbildungsprojekt war. Die beiden Projektverantwortlichen betonten u. a. die gelungene biografiezentrierte und reflexive Anlage des Projektes, dann das Engagement, die Neugierde und Produktivität der Schüler*innen sowie die Bedeutung der Fortbildung von Lehrer*innen. Das sind allesamt Wirkungsindizes für ein gelungenes Projekt, die für weitere Projektplanungen bedeutsam sind.



Frau Dr. Kanbicak, Herr Prof. Hafener, wir danken Ihnen für das Interview und wünschen dem Projekt des Jüdischen Museums viel Erfolg.

Das Interview führte Dieter Staudt von der insider-Redaktion. Weitere Informationen: www.pz-ffm.de

„4.0 // ARBEITEN UND LERNEN FÜR DIE DIGITALE ARBEITSWELT“

Nachlese zur bundesweiten LehrerInnen-Fortbildung vom 15.5. bis 17.5.2017 in Berlin im Bildungszentrum der IG Metall

Um gleich mit dem Persönlichen Emotionalen einzusteigen: Wie oft denke ich angesichts der Digitalisierungsdiskussion „Nein nicht schon wieder!“ Früher hieß es „Automatisierung der Arbeitswelt – Chance oder Gefahr?“ Jetzt heißt es „Digitalisierung – Risiken und Chancen?“ Dabei ist das Kernproblem doch weder die Automatisierung noch die Digitalisierung noch sonst eine Technologie, sondern die Verwertungslogik des Kapitalismus. So ist es geradezu unsinnig, die Vor- und Nachteile digitaler Klassenbücher zu diskutieren, weil es diese nicht gibt. Da man als Lehrer einer berufsbildenden Schule allerdings auch auf anderen Ebenen über das Thema sprechen können muss, habe ich mich für die oben genannte Fortbildung angemeldet. Die Fortbildung wurde von IG Metall und GEW Bund im Rahmen der gewerkschaftsübergreifenden „Initiative Schule und Arbeitswelt“ durchgeführt.

Das Programm bestand am ersten Tag aus einer Einführung in die Thematik (Digitalisierung der Arbeitswelt) sowie in einem Erfahrungsaustausch über die Digitalisierung der Schule sowie über die Berufsorientierung. Am zweiten Tag war eine Betriebserkundung im Siemens Schaltwerk Berlin, bei der Gespräche zu Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und deren Veränderung durch die Digitalisierung mit AusbilderInnen, mit Mitgliedern des Betriebsrates, mit einer Vertretung der Geschäftsführung, mit

Schülern der Jugend- und Ausbildungsververtretung und mit Lehrkräften der werkseigenen beruflichen Schule geführt wurden.

Der letzte Tag bestand darin, die gewonnenen Erfahrungen und Informationen auszuwerten in Bezug auf die eigene schulische Praxis, die Herausforderungen und Perspektiven sowie für die Entwicklung von Schule und Schulpolitik und nicht zuletzt für die gewerkschaftliche Arbeit.

Julian Wenz von der IG Metall relativierte in seinem Vortrag die Angst vor Massenentlassungen und sah auch in der „Flexibilisierung“ keine besondere Verschärfung der Tariffucht. Allenfalls würden einzelne Segmente in Betrieben stärker digitalisiert, sodass ganz nüchtern zu empfehlen sei, genau zu schauen, wie ArbeitnehmerInnen qualifiziert werden müssen, um an anderen Arbeitsplätzen eingesetzt zu werden und wie der Datenschutz generell in allen Bereichen gewährleistet wird. Ihm zufolge kann die Digitalisierung nicht als Vorwand definiert werden, um die betriebsexterne Flexibilität der Arbeitgeber zum zentralen Standortfaktor zu erklären.² Dazu passte für mich auch die Aussage von der Siemens-Geschäftsführung, dass man keine neuen Berufe für die Digitalisierung entwickeln, sondern bestehende weiterentwickeln muss. Nach Wenz Vortrag lösten sich die Phrasen wie „Transparenz der Wertschöpfungskette“, „Dezentrale Selbstorganisation der Fabrik als Leitbild“ oder „das Internet der Dinge“, mit denen die Unternehmen eine schönere, neue Arbeitswelt versprechen, in heiße Luft auf. Die Revolution der

Arbeitswelt wird wohl ausbleiben.

Bei der Betriebsbesichtigung mit dem Schwerpunkt auf den Ausbildungswerkstätten fiel auf, dass statt der totalen Digitalisierung und der erwarteten „Robotisierung“ immer wieder Absprachen, Teamarbeit, Koordinationsarbeit, kreative Analysen u.v.a. – eben ganz menschliche und soziale Fähigkeiten - gebraucht werden.

Beim Gang durch die Fertigungshallen wies der Betriebsrat zufrieden darauf hin, dass bei Siemens mit Erfolg darum gerungen wurde, die Produktion von Starkstromschaltern nicht nach Indien zu verlagern und in Berlin zu halten. (Also - Geht doch!) Was ist noch bemerkenswert bei Siemens?

- ◆ Die Ausbildung von Jugendlichen aus ganz Europa. Nach ihrem Abschluss kehren die Nachwuchskräfte in ein Siemens-Werk ihres Heimatlands zurück.
- ◆ Die gezielte Ausbildung junger Geflüchteter
- ◆ Eine eigene, private Werkberufsschule (ca. 300 Auszubildende) - viel Projektarbeit mit wechselnden Praxis und Theorieblöcken
- ◆ eine Digitalisierungsstrategie.

Ich fand die Betriebsbesichtigung beeindruckend, auch deswegen, weil etliche Experten von Siemens all unsere Fragen beantworteten. Wenn sich nun man oder frau dort aktuell bewerben möchte, dann geht das nur online. Ein Test, zu dem es auch Vorbereitungsmodule gibt, hat Priorität gegenüber schulischen Zeugnissen, um zu einem

Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden.

Vom Vortrag von Dr. Daniela Ahrens von der Universität Bremen am Institut Technik und Bildung (Arbeit 4.0 – Herausforderungen für die Qualifizierung von Fachkräften) habe ich mitgenommen, demnächst in allen Gremien nach der „Digitalisierungsstrategie“ zu fragen. Kenne ich doch Schule nur so, dass etwas angeschafft wird, und die Lehrkräfte sollen es dann richten (nutzen, warten, reparieren). Ihre Erkenntnis ist, dass eine solche Strategie fast immer fehlt – Klar, eine langfristige Strategie im HKM oder bei Schulträgern ist wirklich schwer vorstellbar – wobei sie in „Arbeit 4.0“ nicht nur technische Anpassungsprofile (Dachdecker nutzen Drohnen) sieht, sondern soziotechnische Systeme mit neuen Formen der Arbeitsorganisation und neuen Geschäftsmodellen. Im Kern hält sie es für richtig, weitaus mehr Smartphones, Videoplattformen, Spielesysteme, Lernvideos im Unterricht zu verwenden – vor allem aus Motivationsgründen.

Ich halte es indessen weiterhin für falsch, die Einführung neuer Technologien immerfort mit offenen Fragen – à la „Segen oder Fluch“ – zu diskutieren. Die Digitalisierung hat längst Einzug gehalten in alle Lebensbereiche. Warum? Weil der industrielle Komplex eben diese Technologien nutzt, um globale Marktmachtstrukturen zu schaffen; wie eh und je, um Gewinne zu steigern und um Dividenden zu erhalten und eben nicht, um zur Humanisierung der Arbeitswelt beizutragen, auch wenn gelegentlich für die Arbeitenden Arbeitsbedingungen verbessert werden und sich Konsumenten über Produkte freuen können. Machen wir uns nichts vor, die Erfindung des Computers diente auch dazu, den Mas-

senmord zu perfektionieren¹. Heute wird mit der Digitalisierung ein gigantisches, globales Macht- und Kontrollsystem aufgebaut, bei dem der Datenschutz nur langsam hinterherkriecht.

Für mich bleibt die Digitalisierung ein ganz klar interessegeleiteter Prozess, der uns ganz traditionell über technische Begeisterung verschleiern einredet „anything goes“ mit crowdworking und crowdfunding, mit Datingapps, Tablets, Whiteboards und demnächst 3D-Druckern und virtuellen Brillen



u.v.m.- nur wozu? Zur Selbstoptimierung oder für den sagenhaften Reichtum von einigen und für die Armut der Mehrheit, für steigende Privatgewinne weniger und für die Sozialisierung der Verluste der Mehrheit. Es ist doch offensichtlich, wer das Internet nutzt, muss sich darüber klar werden, dass er sich der Manipulation nicht entziehen kann und nicht der Kunde sondern das Produkt ist². So werden weitere Lobbyisten, Werbung, Sponsoring, PPP in die „(Selbstständige) Schule“ drängen und ihre Geschäftsinteressen verfolgen. Und die Lehrkräfte wandern weiter auf dem Grat zwischen Kompetenzvermittlung und

Emanzipationsansprüchen.

Werden sich die nachfolgenden Generationen weiter an die Zumutungen des technischen Fortschritt einer neoliberalen, globalisierten, digitalen Welt gewöhnen und werden Lehrkräfte fortlaufend junge Menschen an den sich ständig verändernden Bedarf des Kapitals anpassen (mit IT-Kompetenz, mit Qualifizierungsoffensive, mit lebenslangem Lernen, mit Vernetzung und Flexibilisierung³), um weiter etwas Wohlstand abzubekommen bis zur nächsten Rationalisierungsoffensive?

Sieien wir etwas optimistischer, denken wir uns einfach eine Generation weltweiter Internetverweigerer, die auf der Suche nach Orten ohne Netz, ohne Digitalisierung, ohne Überwachung sind und nicht aus zweiter digitaler Hand leben möchten, sondern aus erster, aus analoger Hand.⁴ Vielleicht gilt für Lehrkräfte, auch jene SchülerInnen zu finden und zu stärken.

Für Rückfragen zur tollen Fortbildung, für detailliertere Informationen zu Siemens und für Hinweise auf hilfreiche Materialien stehe ich gerne zur Verfügung. Attraktives Material ist zudem bei der Hans-Böckler-Stiftung, bei der IG Metall, bei der Otto Brenner Stiftung und bei der GEW Bund zu finden.

Bernd Vogeler

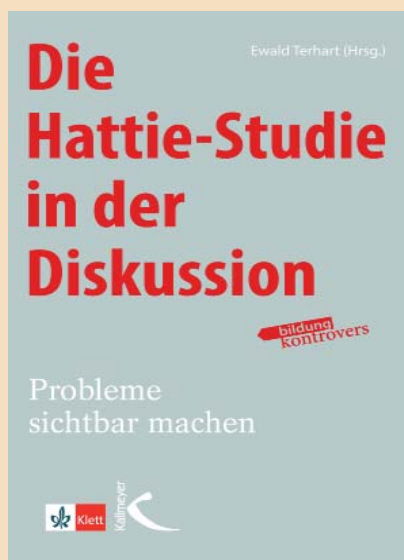
¹ vgl. Joseph Weizenbaum *Wir sitzen wie die Hunde unter den Tischen der Herrschenden* 1976
² vgl. *Industrie 4.0 – Gegenstandspunkte 2.2016* Auszug S. 23-53
³ vgl. Jaron Lanier *Wem gehört die Zukunft* 2014
⁴ vgl. 95 Anschläge *Thesen für die Zukunft Ff/M 2017* S. 128 bis 140

neue Publikationen

Die Hattie-Studie in der Diskussion Ewald Terhart (Hrsg.)

Die 2009 veröffentlichte Studie *Visible Learning* (Lernen sichtbar machen) von John Hattie stieß weltweit auf eine Resonanz, die für ein erziehungswissenschaftliches Fachbuch einzigartig ist. Hattie wird gelesen (manchmal selektiv), interpretiert (manchmal falsch) und bisweilen auch instrumentalisiert, wenn es für die eigene Auffassung genutzt werden kann. In dem Band werden die zentralen Aussagen und die spezifische Methode von *Visible Learning* dargestellt, auch die sich daraus ergebenden Möglichkeiten und Grenzen. Beispielhaft wird anhand der Themen Didaktik und Unterricht, Schulstrukturen, Kooperatives Lernen gezeigt, wie man die Hattie-Studie lesen und verstehen sollte, ohne ihre Ergebnisse zu verkürzen oder zu verfälschen.

ISBN 978-3-7800-4804-2



Berufsschulen auf dem Abstellgleis

Wie wir unser Ausbildungssystem retten können

Katharina Blaß/Armin Himmelrath

Die Autoren sind sich sicher: Die Bedeutung der Berufsschulen wird seit Jahrzehnten unterschätzt, ihre Leistungen hartnäckig ignoriert. Sie skizzieren



die aktuelle Lage deutscher Berufsschulen und zeigen bestehende Defizite auf, die ihrer Ansicht nach vor allem der langen Vernachlässigung dieser Schulform geschuldet sind. Und sie begründen, warum die Berufsschulen zu echten Reformlaboren für notwendige Veränderungen unserer Bildungs- und Ausbildungslandschaft werden könnten – wenn alle den Mut und den Willen dazu aufbringen würden.

ISBN 978-3-89684-176-6

Lebenswelten von Jugendlichen verstehen

Herausforderungen für Lehrkräfte an Berufsschulen

Prof. Hurrelmann (Hrsg.)-Tamara Huber, Silke Orth (Autorinnen)

Anhand aktueller Jugend- und Ausbildungsstudien wird analysiert, was die heutige Azubi-Generation ausmacht und was das für die Lehrkräfte an den Berufsschulen bedeutet. So geht es nach dem Thema Berufsorientierung um die gestiegenen Qualifikationsanforderungen und die Frage: „Was sind eigentlich die Soft Skills 4.0 und wie können sie bei Schüler/innen gefördert werden“. Das anschließende Kapitel wirft einen differenzierten Blick auf die verschiedenen Lebenswelten Jugendlicher, ihre Werte und Ziele. „Berufsbildung – quo vadis?“ und „Lösungsansätze in der Berufsschule und am Ausbildungsplatz“ sind weitere Kapitel. Ein strukturierter Kurzüberblick zum Beruf „Berufsschullehrer“ zeigt Zugänge, Aufgaben und Lernorte.

ISBN 978-3-582-00201-3



IG METALL FORDERT INVESTITIONSOFFENSIVE FÜR BERUFSSCHULEN

Die Berufsschule hat eine zentrale Bedeutung für die Qualität der Berufsbildung. Anspruch und Wirklichkeit liegen aber häufig weit voneinander entfernt. So wird der Standard der technischen Ausstattung vieler Berufsschulen beklagt, es fehlt qualifiziertes und ausreichendes Lehrpersonal. „Angesichts der bildungspolitischen Herausforderungen, insbesondere auch durch die Digitalisierung der Arbeitswelt, braucht es dringend eine Investitionsoffensive für die Berufsschulen. Deshalb legt die IG Metall neun Forderungen für Berufsschulen mit Zukunft vor. Unter dem Dreiklang von Investieren - Qualifizieren - Erneuern schlagen wir vor:

1. Die IG Metall fordert die von der großen Koalition beschlossene Änderung des Kooperationsverbots umfassend zu nutzen und auf dieser Grundlage eine „Investitionsoffensive Berufsschule“ zu starten.
2. Die IG Metall fordert ein Bund-/Länderprogramm „Pro Lehramt Berufsschule“, um den Lehrerberuf insbesondere in den technischen Berufsschulfächern abzudecken.
3. Die Berufsschule der Zukunft braucht eine Reform der Lehreraus- und weiterbildung. Die zunehmende Digitalisierung von Arbeit und Bildung erfordert neue Schwerpunkte in der Ausbildung von Berufsschullehrer*innen hin zu Lernbegleitern und die Stärkung ihrer Medienkompetenz.
4. Die Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Schule muss besser werden. Die IG Metall

schlägt regelmäßige Treffen zwischen und gemeinsame Weiterbildungsmaßnahmen für Berufsschullehrer*innen und Ausbilder*innen vor.

5. Die IG Metall schlägt für die Regionen Runde Tische für eine „Qualitätsoffensive Berufsschule“ vor.
6. Die IG Metall setzt sich für die Aufhebung des Kooperationsverbots für den gesamten Bildungsbereich, d.h. auch für die berufsbildenden Schulen, ein.
7. Die IG Metall setzt sich für ein neues Leitbild für die Berufsschule der Zukunft ein. Ein wesentliches Element dieser neuen Berufsschule liegt in der beruflichen Fort- und Weiterbildung.
8. Berufsschulen müssen gezielt dabei unterstützt werden, einen Beitrag zur Integration von Geflüchteten zu leisten.
9. Der politische Unterricht an der Berufsschule muss aufgewertet werden. Die IG Metall fordert umfangreiche Modellversuche und die Weiterentwicklung der länderübergreifenden Standards.

Wap-IGM 10.07.2017

Das 22-seitige Papier „Berufsschulen mit Zukunft: Investieren – Qualifizieren – Erneuern, Neun Forderungen der IG Metall“ kann bei der Redaktion abgerufen werden.

Initiative VerA wird weiter ausgebaut

3.000 Jugendliche sollen durch die ehrenamtliche Ausbildungsbeteiligung der Initiative VerA unterstützt werden. Dieses Ziel hat die Senior Experten Service (SES) ausgegeben, nachdem die Zahl der Begleitungen im Jahr 2015 erstmals bei über 2.600 lag. Vielen jungen Menschen kann damit eine Unterstützung in der Ausbildung geboten werden. Die Initiative VerA des SES bringt Auszubildende mit kompetenten und erfahrenen Senior Expertinnen und Experten zusammen, die ihnen Stärke und Orientierung vermitteln.

So erhalten insbesondere Jugendliche mit schlechten Startchancen die Möglichkeit, ihre Ausbildung erfolgreich zu beenden und den Einstieg in das Berufsleben zu bewältigen. Ausbildungsabbrüche werden dadurch verhindert. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt die Initiative VerA bis Ende 2018 mit insgesamt 11,5 Millionen Euro.

Mehr Infos <http://vera.ses-bonn.de>

LEHRKRÄFTEFORTBILDUNG: OHNE MOOS NIX LOS. UND OHNE STRUKTUR GEHT AUCH NIX!

Zertifikate von Fort- und Weiterbildungen der Mitarbeiter zieren die Wände bei meinem Autohändler. Im Wartezimmer meines HNO-Arztes Dokumente von Teilnahme an nationalen und internationalen Kongressen. Schließlich unübersehbar die neuesten Bescheinigungen über Fortbildungsveranstaltungen

bildung verpflichten, zugleich die Freiwilligkeit einschränken. Für die Teilnahme an Veranstaltungen, auch für Mentorentätigkeit und häusliches Selbststudium, gab es Punkte. 150 mussten innerhalb von drei Jahren erworben und der Schulleitung nachgewiesen werden.

«Rabattmärkchenfortbildung» nannte dies die GEW Hessen. Das Anliegen, Fortbildung für Lehrkräfte verbindlich zu machen, um damit deren berufliche Qualität zu sichern und zu verbessern, war durchaus sinnvoll. Das Scheitern und der Widerstand gegen diese Form waren jedoch vorhersehbar und manifest. Der Protest richtete sich gegen formale Teilnahmenachweise ohne Qualitätssicherung. Gegen Teilnahmeentscheidungen nach maximaler Punktzahl und nicht nach inhaltlichen Vorstellungen in vielen Fällen. Gegen die fehlende staatliche Struktur der Fortbildung nach deren Zerschlagung. Gegen die weitgehende Nichtgewährung von Fortbildungen innerhalb der Unterrichtszeit. Gegen die drastische Reduzierung der finanziellen Mittel für die Fortbildung. Dieses politische Ziel kam folglich zu Fall. Des Weiteren eine Fußnote: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mussten jede Fortbildungsveranstaltung schriftlich bewerten. Der für die landesweite Evaluierung Zuständige am Institut für Qualitätsentwicklung (IfQ/IQ) in Wiesbaden offenbarte mir in einem bildungspolitischen Fachgespräch Ende 2010 auf meine Nachfrage, dass Millionen von Print-

daten im Keller seines Hauses deponiert würden. Bei Nachfrage kämen sie zwar ans Tageslicht und könnten ausgewertet werden. Doch sei dies bis dato noch nie der Fall gewesen.

Die Frage heute

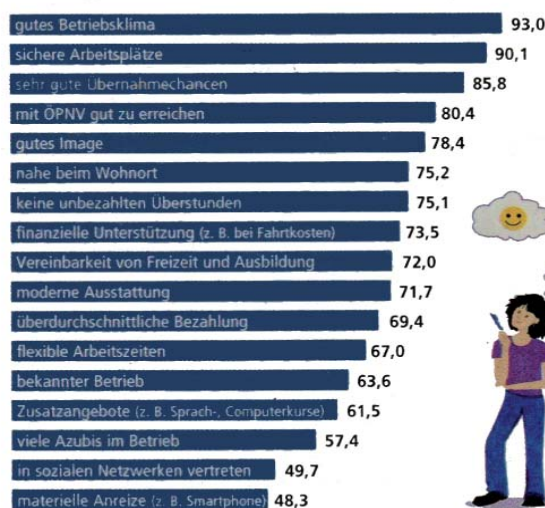
Wie hat sich die Fortbildung seit damals entwickelt? Antwort: Gar nicht. Im Prinzip findet staatliche Fortbildung im nennenswerten Umfang nur auf der Ebene für Führungskräfte statt, also für die Leiterinnen und Leiter von Schulen, zwecks Vorbereitung auf diese Funktion oder zur Sicherung ihrer funktional bestimmten Interessen. Für die normalen Lehrerinnen und Lehrer gibt es, von der weiterhin lediglich rudimentär entwickelten schulischen Fortbildung abgesehen, kaum noch eine präsenste staatliche Fortbildung. Dies gilt vor allem für die Unterrichtsfächer. Der aktuelle Stand muss über nichtstaatliche Institutionen – nicht selten gegen Geld – erworben werden. Dies vor dem Hintergrund, dass die frühere Fortbildung beim Hessischen Institut für Lehrerfortbildung (HILF) seit Gründung des Bundeslandes Hessen bis in die 1990er-Jahre eine Vorbild- und Vorreiterfunktion für Deutschland (!) hatte: Selbstorganisation, Freiwilligkeit, Mitbestimmung, theoriegeleitete Praxisorientierung, Komplexität, ausreichende Ressourcen, Teilnahme während und außerhalb der Unterrichtszeit.

Erfahrungen, Erkenntnisse und politischer Wille

Erfahrungsgemäß dauert die zweiphasige Ausbildung von Lehrkräften je nach Lehramt gegenwärtig fünf bis sieben Jahre. Im

WAS SICH BEWERBER VOM AUSBILDUNGSBETRIEB WÜNSCHEN

Zustimmung auf einer Skala von 0 bis 100



© Globus 11967

Bearbeitung: vrm/kt

befragt wurden je nach Themenkomplex zwischen 1946 und 2001 Bewerber für Ausbildungsplätze von Nov. 2016 bis Jan. 2017

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung

aller Mitarbeiterinnen meines letzten und meines neuen Zahnarztes, seine Attestierungen eingeschlossen. Ich weiß dies zu schätzen, dass mir Dienstleistungen angeboten werden, deren Qualitätsnachweise nicht vor Jahrzehnten, sondern aktuell erlangt wurden. Was hat dies mit Schule heute zu tun?

Ein Blick zurück

Mit dem (neuen) Hessischen Lehrerbildungsgesetz (HLbG) von 2004 wollte die damalige Kultusministerin Karin Wolff (CDU) Lehrkräfte zur Fort-

Vergleich dazu ist eine Lehrkraft mehr als 30 Jahre in ihrem Beruf tätig. Das ist etwa die fünffache Zeit. Doch wie viel Fortbildung wird ihr in diesen drei Jahrzehnten angeboten, wie viel kann sie wahrnehmen und nimmt sie wahr? Eine nicht zu bestreitende Kluft tut sich auf. Wenn schon kaum mehr Geld in den nächsten Jahren in die Fortbildung investiert werden dürfte, müssen innerhalb des Topfes Lehrkräftebildung die Finanzen von der Ausbildung in die Fortbildung verschoben werden, um diese Ungleichheit zu verringern. Inhaltlich lässt sich dies auch gut begründen. *John Hattie*, ein international höchst anerkannter Bildungswissenschaftler, hat in seiner Studie „*Visible Learning ...*“ belegt, dass die Wirksamkeit der Lehrkräfteausbildung bei einem Wert von 0,11 liegt. Ein positiver Effekt ist faktisch nicht gegeben im Gegensatz zur Lehrkräftefortbildung mit einem Effekt von 0,63. [Anmerkung: Die Wirksamkeit nach *Hattie* wird mittels Effekten gemessen, und zwar ab -0,2 (umkehrende Effekte), 0 bis 0,15 (keine positiven Effekte), ab 0,4 erwünschte Effekte auf den Unterricht. Bei Micro-Teaching ist sogar ein Effekt von 0,88 nachweisbar.]

Wird die Bildungspolitik davon beeinflusst? Gar nicht! Offensichtlich lautet das Motto „Augen zu und immer weiter so“. Ein handfester Beleg hierfür ist die Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Gelb: „*Wir wollen die angehenden und bereits im Beruf stehenden Lehrkräfte unterstützen. Dazu bedarf es einer Lehrerbildung, die so konzipiert ist, dass sie diesem Anliegen bestmöglich dient. Deswegen werden wir die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern in Hessen reformieren.*“ Das Hessische Lehrerbildungsgesetz wird nach Aussagen von Kultusminister *Lorz* (CDU) vermutlich in dieser Legislaturperiode nicht

mehr novelliert (Bericht vom 17. März 2017 an den Kulturpolitischen Ausschuss des Hessischen Landtags). Ergebnis: weitere fünf Jahre Stillstand in der Lehrkräftefortbildung. Es gibt auch bis heute keine Hinweise, dass von den fünf am Landtag vertretenen Parteien irgendwelche Initiativen gestartet werden.

Und was tut die GEW?

Der Gewerkschaftstag in Freiburg (Mai 2017) widmet in seinem 18-seitigen Beschluss „Leitlinien für eine innovative Lehrer_innenbildung“ noch nicht einmal eine Seite der Fortbildung. Altbekannte Aussagen und nichtssagende Allgemeinplätze wechseln einander ab. Die hessischen Vorstellungen für eine veränderte Fortbildung, vom Landesvorstand am 19. Mai 2016 beschlossen, sind etwas konkreter. Unter anderem werden als Schwerpunkte inklusiver Unterricht und inklusive Schulentwicklung, interkulturelle Pädagogik und eine regionale Fortbildung genannt. Zur Frage der Finanzierung heißt es lapidar: „*Finanzielle Mittel sind dafür bereitzustellen.*“ Nimmt man all dies „realpolitisch“ ernst, wird nichts passieren, weil auf diesem sehr allgemeinen Wunschzettel die Forderungen finanziell kaum erfüllt werden dürften. Folge: weiter Stillstand.

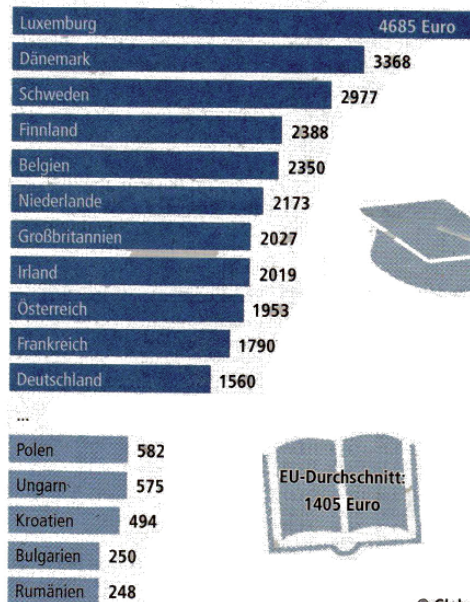
Kosten für inhaltliche und strukturelle Änderungen

Welchen Änderungsbedarf im Rahmen der Lehrkräftefortbildung gibt es? Er wird seit Jahren formuliert, ist unbestritten und wird darüber hinaus aufgrund neuer Erkenntnisse für die schulische

Weiterentwicklung in den nächsten Jahrzehnten als notwendig und sinnvoll erachtet. Der hierfür erforderliche Finanzbedarf wird mit den bekannten Vorbehalten angegeben.

GELD FÜR BILDUNG

EU-Länder mit den höchsten bzw. niedrigsten Bildungsausgaben pro Einwohner



Quelle: Eurostat (August 2017)

Stand 2015

© Globus 11979
Bearbeitung: vrm/kb

• **Inhaltliche Ausweitung** der Schwerpunkte und Themen auf Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler, Digitalisierung, Ganztagschule, individuelle Förderung, Inklusion und Migration. Die Kosten insgesamt lassen sich wegen der Konkretisierungen zurzeit nur schwer beziffern. Ein mindestens mittlerer zweistelliger Millionenbetrag ist realistisch. Auch der dauerhafte Erwerb der Wissensbestände kann letztlich nur durch die Lehrkräfteausbildenden Hochschulen gewährleistet werden. Für die beruflichen Schulen ist zusätzlich eine enge Verzahnung mit den Betrieben erforderlich, um fachliche Kompetenz zu sichern und weiterzuentwickeln.

• **Qualitätssicherung der erworbenen fachlichen und pädagogischen Kenntnisse, Fähigkeiten**

und Fertigkeiten. So sollten Lehrkräfte Fortbildungen wahrnehmen, und zwar

- ◆ fachliche und fachdidaktische im Kernbereich, dem Unterricht, in ihren jeweiligen Fächern,
- ◆ in den Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften und in der Pädagogik,
- ◆ in der Schulentwicklung insbesondere zielorientiert für die selbstständige Schule und
- ◆ in einem weiteren bildungspolitischen Bereich zur generellen Erweiterung individueller Kompetenzen.

Die Forderung, dass Lehrkräftefortbildung auf drei Ebenen angeboten werden soll, ist unbestritten und gilt wie ehemals:

- ◆ lokal in der selbstständigen Schule, auch schulübergreifend in projektbezogenen Nachbarschaften,
- ◆ regional in Kompetenzzentren der Hessischen Lehrkräfteakademie und in ihren Außenstellen,
- ◆ überregional/landesweit im Fortbildungsinstitut/-kolleg der Hessischen Lehrkräfteakademie.

Soll Fortbildung durch Vertretungsunterricht finanziert werden, so wurden bisher sehr unterschiedliche Modelle vorgeschlagen. Eine „mittlere“ Variante führt zu folgendem Ergebnis: 60.000 hessische Lehrkräfte * 5 Tage Fortbildung je Lehrkraft pro Jahr * 5 Stunden Unterrichtsausfall/Vertretung je Lehrkraft pro Tag * 25 Euro Verrechnungssatz für eine Vertretungsunterrichtsstunde. Dies ergibt jährliche Gesamtkosten in Höhe

von etwa 37,5 Mio. Euro. Diese Faktoren können aufgrund differenzierter Abweichungen nach einem Mehr oder Weniger deutlich diese Gesamtkosten verändern.

● **Schulinterne Lehrkräftefortbildung** wird auch seitens des Kultusministeriums als eine wesentliche Organisationsform betrachtet, damit die Schulen ihr eigenes pädagogisches Profil an der Basis schärfen können. Dies wird nicht bestritten. Strittig ist die Finanzierung. Gegenwärtig werden 40 Euro je Stelle und Jahr den Schulen zur Verfügung gestellt. Bei 51.000 Stellen macht das etwa 2,1 Mio. Euro aus. Kleine



Grundschulen mit 20 Lehrpersonen auf zwölf Stellen erhalten jährliche Mittel in Höhe von 480 Euro, berufsbildende Schulen mit 110 Personen auf 80 Stellen danach 3.200 Euro, zu wenig wie bekannt, wenn die üblichen und steigenden (!) Honorare unterstellt werden. Aus diesem Grunde existiert weiterhin der kaum realitätsferne Anspruch einer Berechnung nach Köpfen (60.000 Lehrkräfte) bei gleichzeitiger Erhöhung des Budgets von 40 auf 150 Euro. Das Finanzvolumen beträgt in diesem Fall 9 Mio. Euro.

● **Supervision**, seit Jahren gefordert, bis heute nicht institutionell verbindlich eingeführt. Was kostet sie? Eine Überlegung mit den üblichen Parametern: 20.000, also ein

Drittel der hessischen Lehrkräfte nehmen Gruppen-/Teamsupervisionen mit jeweils acht Personen und acht 1 1/2-stündigen Sitzungen. Das übliche Honorar von 180 Euro je Sitzung wird unterstellt. Der Finanzbedarf hierfür liegt bei 3,4 Mio. Euro.

Investition in Bildung

Unaufhörlich predigen alle Parteien, dass eine der wesentlichen Zukunftsaufgaben die (vermehrte) Investition in Bildung ist. Darunter wird jedoch sehr Verschiedenes verstanden. Geld dürfte vorrangig für die Sanierung maroder Schulen fließen. 50 bis 80 Mrd. Euro ist die

Größenordnung in den nächsten zehn Jahren für Deutschland, was 3,5 bis 5,7 Mrd. Euro für Hessen bedeuten würde. Neu hinzu kommt die Vermehrung von Planstellen für Lehrkräfte aufgrund der neuen Prognosen hinsichtlich der erheblichen, nicht erwarteten Zunahme von Schülerinnen und Schülern. Dies dürfte Konsens sein, strittig ist eher der Umfang. In

Hessen beabsichtigt die SPD nach derzeitigem Diskussionsstand Lehrkräfte grundsätzlich nach A 13 zu besolden. Erste Schätzungen gehen von 66 Mio. Euro aus. Die zuvor genannten Fortbildungsüberlegungen summieren sich darüber hinaus auf rund 100 Mio. Euro.

Und jetzt wird es richtig spannend. Wenn die GEW, die Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Gesamtheit, so weiter machen wie bisher, nämlich alles Mögliche mit der Vorgabe „finanzielle Mittel sind dafür bereitzustellen“ zu fordern, dann wird gar nichts passieren. Konsequenz: Prioritäten setzen! Andernfalls: ohne Moos nix los!

Joachim Euler

DIE GELBE HAND - WETTBEWERB 2017/2018 - AKTIV GEGEN RASSISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS IN DER ARBEITSWELT

Zum 12. Mal startet der Jugendwettbewerb des Kumpelvereins „Die Gelbe Hand“. BerufsschülerInnen, Auszubildende und junge GewerkschafterInnen sind aufgerufen, mit kreativen Projekten und Aktionen ein Zeichen gegen Rassismus und für ein solidarisches Miteinander zu setzen. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt: Egal, ob ein Video oder eine tolle Aktion in der Schule oder im Betrieb, wichtig ist das Engagement für Vielfalt und gegen Ausgrenzung.

Wer kann mitmachen?

Teilnehmen können Gewerkschaftsjugend, Schülerinnen und Schüler an Berufsbildenden Schulen und alle Jugendlichen, die sich derzeit in einer beruflichen Ausbildung befinden – aus dem ganzen Bundesgebiet. Zum Beispiel: Azubis eines Jahrgangs mit ihren Ausbilderinnen und Ausbildern, Klassenverbände an Berufsschulen und überbetrieblichen Ausbildungszentren mit ihren LehrerInnen und Lehrern, Arbeits- und Projektgruppen an Berufsschulen, in Betrieben und Verwaltungen, Jugend- und Ausbildungsvertretungen (JAV), gewerkschaftliche Gruppen oder Initiativen.

Welche Beiträge werden gesucht?

Gesucht werden Beiträge, die im Jahr 2017 (bis 16. Januar 2018) entstanden sind und bei keinem Wettbewerb prämiert wurden. Die Darstellungsform ist frei.

In der Kategorie „neuer Ideenwettbewerb“ sind erstmals Beiträge gesucht, die ein Konzept oder Idee beschreiben und im Jahr 2018 umgesetzt werden. Die beste Idee wird mit 500 € prämiert und deren Umsetzung bei der Preisverleihung 2019 vorgestellt. Der Kumpelverein unterstützt die GewinnerInnen bei der Umsetzung.

Preise: 1. Preis: 1000 €, 2. Preis: 500 €, 3. Preis: 300 €. Außerdem gibt es verschiedene Sonderpreise

Einsendeschluss: 16. Januar 2018. Die feierliche **Preisverleihung** findet im März 2018 in Schwerin statt.

Aktuelle und detailliertere Informationen zum Wettbewerb findet Ihr unter

www.gelbehand.de/wettbewerb



DIE GELBE HAND WETTBEWERB 2017/18

Aktiv gegen Rassismus und
Rechtsextremismus in der Arbeitswelt

NEUGESTALTUNG DER PRAXISPHASEN IM STUDIUM DER WIRTSCHAFTSPÄDAGOGIK AN DER GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

Ein Kooperationsprojekt zwischen den hessischen Studienseminaren für berufliche Schulen und den Professuren für Wirtschaftspädagogik an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main

Schulpraktika in unterschiedlichen Organisationsformen sind seit Jahrzehnten ein fester Bestandteil der Lehrkräfteausbildung. Sie sollen zum einen die Überprüfung der Berufswahl ermöglichen und

der ebenfalls im Hessischen Lehrerbildungsgesetz formulierte weitergehende Anspruch auf Kooperation der an der Lehrerbildung beteiligten Institutionen umgesetzt.

Zur Entwicklung dieses Konzeptes trafen sich seit 2014 regelmäßig Ausbilderinnen und Ausbilder für das Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung sowie die Leitungen der fünf hessischen beruflichen Studienseminare und die Professuren für Wirtschaftspädagogik an der Goethe-Universität, um die Praxisphasen des Studiums der Wirtschaftspädagogik neu zu gestalten.

Aufbau der Praxisphasen – das „Frankfurter Modell“

Nach vielen vorbereitenden Gesprächen und der Neuordnung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Wirtschaftspädagogik startete im Wintersemester 2016/17 das „Frankfurter Modell“. Dieses beinhaltet im Kern:

- ♦ die Vorbereitung, Betreuung sowie Nachbereitung der Schulpraktika im Masterstudiengang erfolgt durch Ausbilderinnen und Ausbilder der Studienseminare für berufliche Schulen in Hessen. Auf diese Weise wird zum einen eine professionelle Unterstützung der Studierenden bei ihren Hospitationen und den ersten Unterrichtsversuchen durch qualifizierte Ausbildungskräfte der zweiten Phase der

Lehrerbildung gewährleistet. Zum anderen wird bei Planung und Reflexion der Unterrichtsversuche an die wirtschaftspädagogische Theorie und an relevante Befunde angeknüpft (evidenzbasierte Lehrerausbildung).

- ♦ Die schulpraktischen Übungen (SPÜ) des Masterstudiengangs laufen über zwei Semester. Vor Beginn suchen sich die Studierenden einen Praktikumsplatz an einer beruflichen Schule in Hessen mit dem Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung. Die angehenden Lehrkräfte hospitieren im Verlauf von SPÜ1 an den Schulen und nehmen am Schulgeschehen teil. In der vorbereitenden Veranstaltung (SPÜ1) werden Aspekte von Unterrichtsqualität in den Blick genommen, besonderer Wert wird dabei auf die Fachdidaktik und Schlussfolgerungen für Unterrichtsplanung gelegt, die im Rahmen des anschließenden Praktikums in der vorlesungsfreien Zeit umgesetzt werden sollen.
- ♦ Während des Praktikums werden die Studierenden von Ausbilderinnen und Ausbildern des Studienseminars betreut, in dessen Einzugsbereich die Praktikumschule liegt. Sie besuchen die Studentinnen und Studenten bei ihrem Unterrichtsversuch und beraten sie im Anschluss. Hierbei wird der Unterricht gemeinsam analysiert und Stärken und Schwächen der Planung und der Durchführung des Unterrichts herausgearbeitet. In der Veranstaltung SPÜ2, die

zum anderen angehende Lehrerinnen und Lehrer auf die Anforderungen des Berufs vorbereiten. Dennoch erleben immer noch viele Studierende den Übergang vom Studium in den Schulalltag als „Praxischock“. Sie sind im Referendariat mit pädagogischen Herausforderungen konfrontiert, für die sie zwar theoretisches Wissen mitbringen, das sie jedoch oft nicht in zielführendes berufliches Handeln umsetzen können.

Im Rahmen der neu gestalteten schulpraktischen Studien (Frankfurter Modell) sollen deshalb wissenschaftliche Theorien und die Praxis des Unterrichts verknüpft werden, indem theoriegeleitet Unterricht entwickelt, erprobt und bezogen auf Umsetzung und Konzeption kritisch reflektiert wird. Dabei wird durch die Kooperation zwischen Universität und Studienseminaren zugleich



dem Praktikum folgt, werden die Unterrichtsversuche und Praktikumsberichte theoriebasiert analysiert und ausführlich diskutiert.

Weil die Ausbilderinnen und Ausbilder über ganz Hessen verteilt sind und in der Regel gute Kontakte zu den Ausbildungsschulen ihres Seminarbereiches haben, können sie darüber hinaus die Studierenden dabei unterstützen, eine geeignete Schule für ihr Praktikum zu finden und sind gleichzeitig für die Ausbildungsschulen Ansprechpartner/innen bei auftretenden Problemen oder Fragen zur Neuorganisation.

Im ersten Durchgang führten ca. 60 Studierende – verteilt auf die fünf hessischen Studienseminare für berufliche Schulen – ihre Praxisphasen in der beschriebenen Form durch.

Erste Ergebnisse

Im Januar 2017 fand ein Evaluationstreffen aller an der Ausbildung beteiligten Personen statt. Die Ergebnisse sind ermutigend:¹

1. Die professionelle Unterstützung während des Praktikums durch die Ausbilderinnen und Ausbilder wurde von den Studierenden sehr positiv beurteilt.
2. Dass das Praktikum zudem einen wertvollen Beitrag zur Absicherung der Berufsentcheidung leistete, wurde als weiterer positiver Aspekt von den Studierenden hervorgehoben.
3. Die angestrebte Verzahnung zwischen den in der Universität vermittelten theoretischen

¹Ausführliche Ergebnisse s. **Eveline Wuttke / Gerhard Minnameier / Birgit Cramer, Ute Ebert (in Druck)**. Pädagogische Professionalisierung als Verbindung von wissenschaftlichem Lernen und praktischer Erfahrung – Das „Frankfurter Modell“. *Wirtschaft und Erziehung*, 69 (6), 249-255.

Inhalten auf der einen Seite und den pädagogischen sowie didaktischen Anforderungen bei der Planung und Umsetzung ihres Unterrichts an den Schulen auf der anderen Seite wurde zwar auch überwiegend positiv gesehen, allerdings scheint die Abstimmung zwischen den Lehrinhalten und der Gestaltung der Praxisphasen noch ausbaufähig.

4. Durchgehend positiv beurteilt wurden von den Studierenden die in der neuen Struktur angelegten Reflexionsmöglichkeiten in Bezug auf Unterrichtsplanung und -praxis. Auch die in den begleitenden Veranstaltungen vorgesehene gemeinsame Aufarbeitung der praktischen Erfahrungen wurde als sehr lernförderlich wahrgenommen.

Diese Rückmeldung bestätigt die Einschätzung der beteiligten Ausbilderinnen und Ausbilder.

wurde tendenziell auf selbst erlebte Unterrichtsformate oder subjektive Theorien von „gutem“ Unterricht zurückgegriffen. In den Reflexionsgesprächen waren das Erleben der Lehrerrolle und die Akzeptanz durch die Schülerinnen und Schüler dominierend. Mögliche Variationen in der didaktischen Planung sowie in der Methodenwahl wurden dann häufig im Anschluss thematisiert und konnten vor dem Hintergrund des Unterrichtsversuches von den Studierenden in ihr zukünftiges Handlungsrepertoire integriert werden. Die praktische Erfahrung hat dabei durchaus den Blick auf die Möglichkeiten der Anwendung der theoretisch erworbenen Kenntnisse erweitert. Von der ursprünglich intendierten Verzahnung ist dies aber noch weit entfernt. Letztlich zeigt dies umso mehr, wie wichtig Anleitung und Begleitung beim Transfer sind und wie bedeutsam der Ansatz nach dem Frankfurter Modell ist. Vor allem die gute Koordination al-



Beratung und Reflexion

Bei den Besuchen im Unterricht und den Praktikumsberichten war auffällig, dass für eine Mehrzahl der Studierenden sowohl in der Veranstaltung als auch in den Praktikumsphasen die Reflexion der Berufsrolle im Vordergrund stand. Für die konkrete Unterrichtsplanung

der Beteiligten der ersten und zweiten Phase ist wichtig, diese wollen wir weiter ausbauen. Die erste Evaluation ist dabei freilich auch nur eine Momentaufnahme am Ende der ersten Kohorte. Die aktuelle Kohorte, die im Sommersemester 2017 mit den SPÜ begonnen hat, wird die

erste sein, für die Längsschnittdaten über die zwei Semester erhoben werden. Dann wird sich deutlicher zeigen, was das Frankfurter Modell bewegt und verändert, und wie es noch weiterentwickelt werden kann.

torische Herausforderung dar. Hinzu kommt, dass zwar die Arbeitszeit der Ausbilderinnen und Ausbilder vergütet wird, nicht aber die der Lehrkräfte, die an den Schulen die Praktikantinnen und Praktikanten



Begleiterscheinungen der Kooperation

Das Kooperationsprojekt erfordert eine hohe Verbindlichkeit aller beteiligten Personen. Dies hat viele Vorteile, wie z.B. die intensive Diskussion von inhaltlichen Aspekten, bedeutet aber teilweise auch die Abkehr von bisher gut funktionierenden isolierten Traditionen. Auch die Tatsache, dass Universität und Schulen zeitlich sehr unterschiedlich organisiert sind (z.B. Lage der Semester- bzw. Schulferien) und viele Akteure in die Kooperation involviert sind, stellt eine organisa-

torische Herausforderung dar. Hinzu kommt, dass zwar die Arbeitszeit der Ausbilderinnen und Ausbilder vergütet wird, nicht aber die der Lehrkräfte, die an den Schulen die Praktikantinnen und Praktikanten betreuen. Diese tragen jedoch wesentlich dazu bei, welchen Eindruck die Studierenden von ihrem zukünftigen Arbeitsplatz erhalten und unterstützen häufig nicht nur bei der Unterrichtsplanung, sondern begleiten die Studierenden während der gesamten

Praktikumszeit und stehen ihnen für die Beantwortung ihrer Fragen zur Verfügung. Dies geschieht zusätzlich zu ihren sonstigen Unterrichts- und Schulverpflichtungen.

Deshalb ist es umso erfreulicher, dass die Lehrkräfte und Schulleitungen der beteiligten Schulen überwiegend sehr positiv auf die Neukonzeption reagiert haben. Als Vorteil wurde hier z.B. gesehen, dass das Praktikum eine Möglichkeit darstellt, qualifizierten Lehrenachwuchs frühzeitig für eine Schule zu gewinnen.

Ein erfreulicher Nebeneffekt der Kooperation ist zudem, dass weitere Kooperationen zwischen der Goethe-Universität und den Studienseminaren entstanden sind, so z.B. die Teilnahme an Forschungsprojekten der Universität. Zusätzlich wurde auch der Austausch zwischen den beteiligten Ausbilderinnen und Ausbildern der Studienseminare durch das Projekt nochmals intensiviert. Darüber hinaus wurden beide von Ausbilderinnen und Ausbildern angebotenen Veranstaltungen (im Bachelorstudium zur Vorbereitung auf das Orientierungspraktikum, im Master zur Begleitung der schulpraktischen Studien) von den Studierenden unter die TOP3 der besten Lehrveranstaltungen des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften gewählt.

In diesem Jahr nehmen 40 Studierende an den schulpraktischen Studien teil. Die bisherigen Rückmeldungen sind auch hier positiv. Vor allem die Tatsache, dass Universität und Studienseminare zusammenarbeiten, um Hilfestellung für die ersten Unterrichtsversuche an den Schulen zu geben, wird immer wieder in Gesprächen und Auswertungen sehr positiv von den Studentinnen und Studenten beurteilt. Die vorbereitende Veranstaltung SPÜ1 hat in diesem Durchgang noch stärker die Anwendung wissenschaftlicher und fachdidaktischer Erkenntnisse für die Planung und Analyse des Unterrichts in den Mittelpunkt gestellt. Von daher sind wir zuversichtlich, dass dies auch in den anstehenden Unterrichtsbesuchen sichtbar wird.

Birgit Cramer, Studienseminar für berufliche Schulen Frankfurt
Ute Ebert, Hessische Lehrkräfteakademie
Prof. Dr. Eveline Wuttke und Prof. Dr. Gerhard Minnameier, Goethe Universität Frankfurt

Schulpraktische Übungen im Masterstudiengang Wirtschaftspädagogik an der Goethe Universität Frankfurt

Studiumsfortschritt:	Praktikumsphase:	Zeitraum:	Schulzeiten:
SPÜ1	8 Stunden semesterbegleitende Hospitation	im Sommersemester	nach den Osterferien
zwischen SPÜ1 und SPÜ2	Blockpraktikum 3 Wochen mit 20 Stunden Hospitation pro Woche	in der vorlesungsfreien Zeit im Sommer	zwischen Sommer- und Herbstferien
SPÜ2	8 Stunden semesterbegleitende Hospitation, davon eine Doppelstunde eigener Unterrichtsversuch	im Wintersemester	nach den Herbstferien bis Januar

STRATEGIEN UND CHANCEN FÜR BERUFSSCHULEN

BERUFSSCHULKONZEPTE IM BUNDESWEITEN VERGLEICH

BIBB-PM 30/2017 vom 17.08.2017

Demografischer Wandel, die fortschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt, der Trend zu höheren Schulabschlüssen sowie eine zunehmend heterogene Schülerschaft: Diesen vielfältigen Herausforderungen hat sich die duale Berufsausbildung zu stellen - und die Berufsschule mit ihr. Grund genug für das **Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)**, zum **Lernort Berufsschule** eine Sichtung der aktuellen Situation und der unterschiedlichen Herangehensweisen in den Bundesländern sowie einen bundesweiten Vergleich vorzunehmen.

Als wichtige Punkte zeigen sich dabei insbesondere zwei Bereiche: Die Rekrutierung und Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals sowie die Notwendigkeit einer intensiven Lernortkooperation, also einer guten Abstimmung zwischen den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule.

Die BIBB-Untersuchung beruht auf vorhandenen Daten, Literaturrecherchen, Sekundäranalysen und Fallstudien mit Expertinnen- und Experteninterviews aus Kultusministerien und Berufsschulen. Sieben Berufe wurden exemplarisch für die genauere Betrachtung der Beschulungssituation ausgewählt: Maurer/-in, Konstruktionsmechaniker/-in, Verfahrensmechaniker/-in für Kunststoff- und Kautschuktechnik, Fachinformatiker/-in, Hotelkaufmann/-frau, Revierjäger/-in und Modist/-in. Für diese Berufe wurden die Schülerzahlen nachgezeichnet, die Gestaltung des berufsbezogenen Unterrichts betrachtet sowie mögliche Formen einer Lernortkooperation ermittelt. Die Ergebnisse zeigen:

1. Der Rückgang der Schülerzahlen hat bereits zu Schließungen von Klassen und Berufsschulen geführt. Die Zahl dieser Schulen ist von 2006/2007 bis 2014/2015 um rund 6,6% auf 1.552 gesunken, die Zahl der Klassen um über 8.000 (9,7%) auf rund 75.200. Die Folge ist, dass je nach Ausbildungsgang eine wohnortnahe Beschulung zunehmend schwieriger wird. Insbesondere Berufsschulstandorte in Ostdeutschland sind hiervon betroffen.
2. Auch die verstärkte Differenzierung innerhalb von Ausbildungsberufen hat Folgen: Es wird zunehmend schwieriger, eine Beschulung nach Fachrichtungen im letzten Ausbildungsabschnitt zu gewährleisten.
3. Die sehr unterschiedliche Zusammensetzung der Berufsschulklassen, sei es mit Blick auf die schulische Vorbildung der Schüler/-innen, die unterschiedlichen Branchen sowie die unterschiedlichen Betriebsgrößen, in denen die Jugendlichen ausgebildet werden, stellt für die Berufsschulen eine zunehmende Herausforderung dar.

Da sich die Situation in den Bundesländern aufgrund regionaler Unterschiede, der Besonderheiten in einzelnen Ausbildungsberufen sowie der unterschiedlichen Organisation des Berufsschulunterrichts unterscheidet, kann es pauschale Lösungsansätze nicht geben. Aus der BIBB-Untersuchung lässt sich aber übergreifend festhalten:

- ◆ Ein enger Kontakt und eine gute Kooperation zwischen Betrieb und Berufsschule sind von

entscheidender Bedeutung, um die Unterrichtsqualität durch aktuelle und realitätsnahe Aufgabenstellungen zu verbessern. Gerade vor dem Hintergrund der dynamischen technologischen Entwicklung in der Wirtschaft spielt die Lernortkooperation eine bedeutende Rolle.

- ◆ Alle Länder stehen vor der Aufgabe, für einen qualitativ hochwertigen Unterricht entsprechendes Personal zu rekrutieren und dieses fachspezifisch und realitätsnah aus- und weiterzubilden. Insbesondere die Rekrutierung in gewerblich-technischen Berufen erweist sich als schwierig. Hier könnten, so die BIBB-Analyse, länderübergreifende Beschulungskonzepte hilfreich sein, um fachspezifischen Unterricht zu gewährleisten. Gleichzeitig gilt es, das Lehramt an Berufsschulen wieder attraktiver zu machen, Qualifizierungsbedarfe zu decken und den Personalmangel zu lindern.
- ◆ Weitere Lösungsoptionen könnten möglicherweise die Gestaltung standortübergreifender Schulentwicklungsplanung, die Schaffung von Informations- und Kommunikationsstrukturen, moderne E-Learning-Angebote, die Einrichtung jahrgangsübergreifender Fachklassen und die Entwicklung individualisierter Unterrichtskonzepte sein.

Das „Wissenschaftliche Diskussionspapier“ des BIBB mit dem Titel „Berufsschule im dualen System - Daten, Strukturen, Konzepte“ (WDP 185) steht unter www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/8367 zum kostenlosen Download zur Verfügung.

WELCHER LEBENSWEG IST DER RICHTIGE? – THEATER IM BERUFSWAHLUNTERRICHT

„Mit Herz und Hand“ ermutigt Richard Betz in seinem gleichnamigen Theaterstück Jugendliche zur selbstbestimmten Berufswahl - und bezieht damit klar Stellung gegen den unreflektierten Run auf Hochschulen. Die

erfolgreichem Architekturstudium zu seinem eigentlichen Traumberuf des Zimmerers. Die berufliche Weiterentwicklung zum Zimmerer auf der Bühne wurde auch durch persönliche Erfahrungen als Vater begründet. „Was wird den Eltern



Gründe mögen vielfältig sein. Offensichtlich lastet aber ein gewisser gesellschaftlicher Druck auf Eltern und vor allem Jugendlichen, sich den Bildungsidealen der Oberstufe zu stellen und schließlich den Weg einer akademischen Ausbildung einzuschlagen - mit der Vorstellung, später mal mit wenig anstrengender Arbeit viel Geld verdienen zu können.

„So ein Schmarrn“

... lautet hierzu das klare Statement der Kunstfigur Paul Ballmer aus dem Stück „Mit Herz und Hand“ des Zimmermeisters und Schauspielers Richard Betz aus Liebenau bei Kassel. Betz selbst fand erst nach

und den Schülern seit 30 Jahren erzählt? Wer nicht studiert, hat schon verloren.“, stellt Paul Ballmer alias Richard Betz fest. Die Verschiebung der Wertigkeit zuungunsten der handwerklichen Bildung und zulasten der jungen Leute regt Betz ganz offensichtlich auf.



Was ist zu tun?

Nach Betz' Beobachtung fehle vielen Jugendlichen einfach der Kontakt zum Handwerk, um eine klare Vorstellung von den verschiedenen Berufen zu bekommen. Diesen Umstand zu lindern, hat er zusammen mit der Autorin Michaela Bochus und der Regisseurin Ann Dargies in anderthalbjähriger Arbeit das Stück „Mit Herz und Hand“ entwickelt, mit dem er als Handlungsreisender in Sachen Handwerk durch ganz Deutschland tourt. 50 Minuten dauert das „Stück zur Berufsorientierung“ plus Nachgespräch. 16.000 Schülerinnen und Schüler haben die Inszenierung bereits in den vergangenen zwei Jahren gesehen.

Theaterstück „Mit Herz und Hand“

Uns ist es am 8. Juni 2017 gelungen, Betz an die Theodor-Litt-Schule nach Gießen zu holen. Die Theodor-Litt-Schule ist eine gewerblich-technische Berufsschule ohne musischen und künstlerischen Unterricht. Um das Bildungsangebot zu ergänzen hat sich

vor ca. 14 Jahren eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, die sich „KidS – Kultur in der Schule“ nennt. Die AG bietet regelmäßig Kulturveranstaltungen in der Schule an, Dichterlesungen, Theater- und Kabarett-Aufführungen, Musikdarbietungen, Diskussionsveranstaltungen, Workshops.

120 unserer Schülerinnen und Schüler des beruflichen Gymnasiums,

der Berufsfachschule, Auszubildende des Parkettleger-, Schreiner-, Zimmererhandwerks und Bauzeichner sowie Berufsorientierungsschülerinnen und -schüler der 8. Klasse der Alexander-von-Humboldt-Schule Gießen folgten der Lebensgeschichte des Zimmermanns Paul Ballmer gespannt.

Angesichts der Heterogenität und der Berufskollegen im Publikum schmunzelte Betz zunächst - ein Hauch von Unsicherheit? Keineswegs! In traditioneller Zimmererkluft, mit Elektrosäge und Spezialbohrer, vor sich ein Haufen Holzlatten und Holzbalken trat Betz selbstsicher vor das Publikum, die Gewissheit ausstrahlend, dass seine Botschaft an die Jugendlichen die richtige ist.

Das Stück hat zwei Ebenen: Auf der vorderen Handlungsebene tritt der Zimmermann in der Figur Paul Ballmer in Erscheinung, der mit Elektrosäge und Spezialbohrer nach 500 Jahre alten Plänen Leonardo da Vincis ganz unaufgeregt, in sich ruhend eine Brücke baut. Betz zeigt so seinem Publikum, wie erfüllend die Tätigkeit eines Handwerkers sein kann. Körperliche Arbeit, Mühe und Anstrengung verwandeln sich in ein greifbares Produkt, der Leonardo-Brücke. Er zeigt, dass das Arbeitsergebnis des Handwerkers den Menschen zugute kommt, Freude bringt und fordert die Zuschauer auf, über die Brücke zu laufen.

Die Leonardo-Brücke führt den Zuschauer auf die zweite Ebene des Stückes, die feinfühlig und tief-

sinnig ist. Hier trifft der Zuschauer auch auf das Requisite eines Wegweisers mit vielen Wegschildern in alle Himmelsrichtungen. Dass dieser nützliche Wegweiser natürlich auch aus Holz ist und von einem Zimmerer erbaut wurde, versteht sich von selbst. Die Wegschilder stehen symbolisch für verschiedene Lebenswege.

Die Figur Paul Ballmer ist viele Wege gegangen, auch Umwege und Irrwege. Manche waren sehr schmerzlich. In dem Moment, in dem er sich auf das besann, was er wirklich wollte, wo seine Träume steckten, fand er seinen persönlichen Lebensweg - zu sich selbst, zu Glück und Zufriedenheit, nicht zu einer Menge Geld und Statussymbolen.



Diese Botschaft macht Betz seinen Zuschauern ganz klar: Selbstbestimmt und mutig, auf ihre Träume hörend, sollen sich die jungen Leute mit ihrer Berufswahl und mit ihrem Leben auseinandersetzen, den eigenen Weg selbst suchen und gehen. „Wo die Angst sitzt, da geht's lang!“

Mit der Begehung der Leonardo-Brücke spendete Betz den letzten Zweiflern im Publikum symbolische Gewissheit. Die Gewissheit,

dass der selbst gewählte Weg, sollte er sich auch als Umweg oder Irrweg erweisen, zuverlässig und stabil zum persönlichen Lebensglück führen wird.

Die abschließende Gesprächsrunde, geprägt von neugierigen Fragen, wie viele autobiografische Anteile die Geschichte enthalte, rundete das Stück ab: Hier stand einer vor den Schülerinnen und Schülern, der es ehrlich mit ihnen meinte.

Zur Vorbereitung auf das Stück stellt Richard Betz einen Fragenkatalog zur Verfügung, mit dessen Hilfe sich die Schülerinnen und Schüler mit ihren persönlichen Wünschen und Vorstellungen auseinandersetzen können. Die Nachhaltigkeit des Stückes wird gestärkt durch die Aushändigung eines Wanderbuches.

Von staatlicher Seite erfährt das Stück eine finanzielle Förderung durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Diese ist zwar auf eine gewisse Anzahl an Aufführungen begrenzt, aber vielleicht hat man ja noch Glück.

Richard Betz „Mit Herz und Hand“: Eine klare Empfehlung für Jugendliche, ihre Eltern, für alle, die ihnen beratend zur Seite stehen - für die Schule!

Weitere Infos: <http://www.hansimglück.de/inszenierungen/mit-herz-und-hand/>

Katja Lynker,

*Theodor-Litt-Schule Gießen,
AG KidS – Kultur in der Schule*

VON McDONALD'S BIS BUNDESWEHR: LOBBYISMUS IM KLASSENZIMMER

Kochkurse, Malwettbewerbe, Angebote zur Berufsorientierung: Unter dem Deckmantel der Bildungsförderung drängen Wirtschaftsunternehmen, Institutionen und Verbände massiv in die Schulen. Tatsächlich geht es den Akteuren um Werbung, Imagepflege und das Gewinnen neuer Kunden.

Unternehmen in der Schule

Wie geht gesunde Ernährung, wie werden Smoothies und Obstspieße zubereitet, was kommt in die Gute-Laune-Schnitte? All das sollen Grundschulkindern in der Fruchtschule von Lidl lernen. Auch der Energiekonzern RWE betreibt an Schulen Imagepflege und wirbt für die Braunkohlenutzung. Kostenlose Frühstücksdosen für die Kleinen, Schulwettbewerb „3malE – Energie mit Köpfchen“ für die Großen, zweifelhafte Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte.

Begehrte und zahlungskräftige Zielgruppe

Dies sind nur zwei Beispiele, die zeigen, dass Unternehmen und Konzerne für Produktwerbung, Imagepflege und Kundengewinnung Schulen fest im Blick haben. Dabei teilen sie sich den begehrten Ort mit McDonald's, Ritter Sport, Microsoft, Nivea oder Amazon. In die Schule gehen alle – in der Schule erreicht man alle. Kinder und Jugendliche sind eine begehrte Zielgruppe. Sie sind anfällig für Werbung, zahlungskräftig und beeinflussbar. Was einmal in ihren Köpfen ist, trägt langfristig Früchte, so die Hoffnung der Lobbyisten.

Einfluss von Verbänden

Auch Wirtschaftsverbände suchen den Kontakt zu Schulen und Kultusbehörden. Sie wollen vor allem Einfluss auf die ökonomische Bildung nehmen. Die Akteure begründen ihre Aktivitäten damit, dass die Schülerinnen und Schüler zu wenig über Wirtschaft, Geldanlagen und private Vorsorge wüssten. Mit einem eigenständigen Fach Wirtschaft soll die ökonomische Bildung gestärkt werden. Dafür gehen die Wirtschafts-, Finanz- und auch Arbeitgeberverbände strategisch vor. In zweifelhaften Auftragsstudien weisen sie Schülerinnen und Schüler regelmäßig erschreckende Wissenslücken in Wirtschafts- und Finanzfragen nach und schließen diese Feststellung mit der Forderung nach einem Fach Wirtschaft ab.

Verstoß gegen das Neutralitätsgebot

In anderen Studien kommen jene Verbände zu dem Schluss, dass in Schulbüchern ein überwiegend wirtschafts- und unternehmerfeindliches Klima herrsche und die Verantwortung und der gesellschaftliche Beitrag der Unternehmen zu wenig gewürdigt würde. Um dies geradezurücken und die eigene Sicht auf Wirtschaft in die Köpfe der Kinder zu bringen, produzieren die Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände massig eigene Unterrichtsmaterialien. Laut einer Studie der Universität Augsburg sind fast 900.000 kostenlose Lehrmaterialien von außerschulischen Anbietern für alle Fächer und alle Jahrgangsstufen im Netz zu finden. Viele dieser Materialien sind einseitig und verstoßen gegen das Neutralitätsgebot der Schulen. Dies betrifft auch das Angebot von Verbänden und Unternehmen, sogenannte Expertinnen und Experten aus

der Wirtschaft in den Unterricht zu entsenden. Der Finanzdienstleister Allianz hat mit der Kommunikationsagentur Grey und der Unternehmensberatung McKinsey zu diesem Zweck die My Finance Coach Stiftung gegründet. Gemeinsam schicken sie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als „Finance Coaches“ in die Schulen, um Unterricht zur Finanzbildung abzuhalten.

Schulen dürfen nicht zum Kampfplatz von Lobbyisten werden!

Statt eine umfassende Berufs- und Arbeitsweltorientierung, eine schülerorientierte sozioökonomische Bildung und wertvolle Praxiserfahrungen für Schülerinnen und Schüler zu fördern, wird das Klassenzimmer immer mehr zum PR-Raum. Natürlich können gut ausgebildete Lehrkräfte tendenziöse Materialien erkennen. Allerdings nehmen die Angebote überhand.

Damit sich Lehrkräfte bei der unübersichtlichen Auswahl schnell und verlässlich orientieren können, fordern der DGB und die GEW eine Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien sowie eine bessere Ausstattung der Schulen durch die staatlich verantwortlichen Kultusbehörden. Schulen dürfen nicht zum Kampfplatz von Lobbyisten werden. Schülerinnen und Schüler müssen in der Schule vor Werbestrategen und interessengeleiteter Beeinflussung geschützt werden. Sie sollen die Schule als kritische und verantwortungsbewusste Verbraucherinnen und Verbraucher verlassen und nicht als manipulierte und schein aufgeklärte Kundinnen und Kunden.

DGB-Beamtenmagazin 09/2017

Nach dem unumstrittenen Gebot einer qualifizierten Ausbildung für Lehrkräfte betonen alle seriösen Stellungnahmen und Expertisen die besondere Wichtigkeit von Fort- und Weiterbildung für den Erhalt der Qualifikation und als Voraussetzung für guten Unterricht. Nachdem die Fortbildung in Hessen in den letzten Jahrzehnten auch im beruflichen Bereich einen deutlichen Niedergang erfuhr scheint jetzt wieder Bewegung in dieses Feld zu kommen. Das HKM plant Informationen zufolge, die Fortbildung im beruflichen Bereich durch Schaffung und Bündelung als zentrale Stelle an dem Hessischen Institut für Technologiefortbildung in Groß Gerau anzusiedeln. Im Insider 1/2017 haben wir das darauf bezogene Schreiben der GEW Hessen veröffentlicht. Hier dokumentieren wir die Antwort des Kultusministeriums. (DS)

LEHRERFORTBILDUNG IM BERUFLICHEN BEREICH

Antwort des Hess. Kultusministeriums vom 21.08.2017 auf das Schreiben der GEW Hessen vom 20.06.2017

Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 20.06.2017, in dem Sie auf die Lehrerfortbildung im Bereich der beruflichen Schulen näher eingehen. Sie führen aus, dass die Unterrichtsqualität ganz wesentlich von der Arbeit der Lehrkräfte abhängig ist. Um zukünftig mit der technologischen Entwicklung Schritt halten zu können, ist kontinuierliche Fachfortbildung unabdingbar.

Zunächst möchte ich anmerken, dass auch das Hessische Kultusministerium eine kontinuierliche Fortbildungstätigkeit der Lehrkräfte für äußerst wichtig erachtet. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die fachspezifischen Fortbildungen gelegt werden, da unsere Arbeitswelt vor zentralen Herausforderungen steht. Digitale Technologien und Innovationen beeinflussen die Wertschöpfung maßgeblich. Eine

gute Aus- und Fortbildung ist das Fundament, damit diese Veränderungen gemeistert werden können, um auch weiterhin einen qualitativ hochwertigen Unterricht in Hessen sicherzustellen.

Das Hessische Kultusministerium erarbeitet aktuell eine strukturelle Anpassung der bisher vorhandenen fachspezifischen Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, um den gestiegenen Herausforderungen an die Lehrerqualifizierung gerecht zu werden. Wichtig ist hierbei, dass die Ergebnisse der Prüfung der Hessischen Landesstelle für Technologiefortbildung durch den Hessischen Landesrechnungshof Berücksichtigung finden.

Besonders bedanken möchte ich mich für die sechs Eckpunkte bezüglich einer Verbesserung der Fortbildung in Hessen.

Wir werden diese im anstehenden Lösungsfindungsprozess intern thematisieren.

Im Hinblick auf unsere gemeinsamen Bemühungen um qualifizierte Lehrkräfte an beruflichen Schulen danke ich Ihnen ausdrücklich für Ihre Unterstützung. Gerne können wir dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung unserer regelmäßig stattfindenden Gespräche nehmen.

*Prof. Alexander Lorz
Hess. Kultusminister*



Falschmeldungen behindern zusehends die politische Meinungsbildung der Bürger, sei es bei Wahlen in den USA oder in Europa. Politiklehrer könnten für Aufklärung sorgen, doch dazu haben sie wenig Zeit. Warum das Fach Politik gestärkt werden muss.

FAKE NEWS FORDERN DIE POLITISCHE SCHULBILDUNG HERAUS

„Vermisst: Marie, 6 Jahre, zuletzt gesehen mit 2 Flüchtlingskindern“, diese Falschmeldung oder neudeutsch „Fake News“ kursierte vergangenes Jahr im Internet. Die Mutter des Mädchens war laut Vermisstenanzeige eine Mitarbeiterin der Universität Düsseldorf. „Bitte teilen, teilen, teilen“, forderte die Anzeige zum Klicken auf. Wer dann auf den „Teilen“-Button klickte, landete auf einer zweifelhaften Webseite, die versuchte, Nutzer in eine Abo-Falle zu locken. Zu der Falschmeldung um die sechsjährige Marie ist auf der Internetplattform „So geht Medien“ (www.br.de/sogehtmedien)

Teil der Schüler nutzt journalistische Portale als Informationsquellen.

„So geht Medien“ ist eine Aufklärungskampagne der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gegen Populismus, angeführt vom Bayerischen Rundfunk. Die Kampagne ist ein Hinweis darauf, dass der Druck von Populisten und Fake News-Produzenten hoch ist – und geeignete Unterrichtsmaterialien zum Thema rar sind.

„Degradierung zum Kombinationsfach“

Sozialkunde heißt das Fach etwa in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, Gemeinschaftskunde in Baden-Württemberg.

Die Bezeichnungen ändern sich wiederum je nachdem, ob das Fach in der Sekundarstufe I oder in der Sekundarstufe II unterrichtet wird. „Kein anderes Schulfach leidet unter einem solchen begrifflichen Wirrwarr“, erläutert Joachim Detjen, Politikwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Didaktik der Sozialkunde, auf den Seiten der Bundeszentrale für politische Bildung. Ein weiteres Anzeichen für die schwache Verankerung von Politik in den gymnasialen Lehrplänen ist laut Detjen die Tatsache, dass das Unterrichtsfach in mehreren Bundesländern „eine Degradierung zum Kombinationsfach Politik und Wirtschaft erdulden“ musste.

Die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) fordert infolgedessen mehr und bessere politische Bildung an den allgemeinbildenden Schulen ab der fünften Klasse. „Nur wenn politische Bildung durchgehend unterrichtet wird, können sich Kinder und Jugendliche ein sachgerechtes Urteil zu den gegenwärtigen politischen, sozialen und ökonomischen Problemen bilden“, so die DVPB. Die DVPB fordert ein Pflichtfach für politische Bildung an allen allgemeinbildenden Schulen ab der fünften Klasse im Umfang von zwei Wochenstunden.

Mehr Zeit für politische Bildung



Der richtige Ort, in dem Falschmeldungen von korrupten Politikern oder skrupellosen Geschäftemachern thematisiert werden könnten, wäre der Politikunterricht. Denn Fake News gehören, wie

inzwischen eine Unterrichtseinheit zu finden. Dabei sollen Schüler zum Beispiel erkennen, wie man nach Quellen von Fake News fahndet und Fakten kritisch überprüft. Das ist nicht selbstverständlich, schließlich informieren sich Jugendliche überwiegend über Google, Facebook und YouTube – nur ein geringer

man vor der Wahl des US-Präsidenten im November 2016 erlebt hat, inzwischen zur Begleitmusik politischer Wahlen. Doch die politische Bildung fristet ein Schattendasein im Kanon der Schulfächer. Das fängt schon damit an, dass es keine einheitliche Benennung des Fachs in den Bundesländern gibt:

Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt • Tel.: 069 / 97 12 930 •
Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe
Berufsbildende Schulen
-Vorsitzendenteam -

Layout:

Matthias Hohmann

Email: m.hohmann@gmx.net

Redaktion:

Dieter Staudt

Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •
Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker

Tel.: 06142 / 838880
Email: r.becker.gew@gmx.de

Auflage: 4600

Druckerei:

Druckkollektiv GmbH
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegen genommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

in Schulen fordert auch Jörg Köchling, Lehrer für Politik am Hans-Böckler-Berufskolleg in Münster und Fachleiter am Zentrum für schulpraktische Lehrerbildung in Gelsenkirchen. „Das Fach Politik wird stiefmütterlich behandelt, obwohl es Verfassungsrang genießt“, sagt Köchling. „Die Erziehung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist in allen Landesverfassungen verankert.“ Doch die Wirklichkeit sieht so aus: „Das Fach ist Verschiebemasse im Stundenplan, es wird vielfach fachfremd unterrichtet oder es wandern Themen von der Wirtschaftslehre in den Politikunterricht“, erläutert Köchling.

„Fake News sind Produkt und zugleich Herausforderung der digitalen Gesellschaft“

Vor dem Hintergrund von Fake News wird der Aufbau von Medienkompetenz im Politikunterricht immer wichtiger. Der Politikunterricht müsste sich auf die digitale Gesellschaft als Ausgangspunkt einstellen, sagt Köchling. „Das Leben der Schülerinnen und Schüler ist heute völlig durch die digitalen Medien geprägt.“ Der Aufbau von Medienkompetenz bedeutet im Unterricht nicht nur auf einer technisch-handwerklichen Ebene zu arbeiten, sondern Phänomene wie Fake News auch auf einer Metaebene grundsätzlich zu reflektieren. Fake News sind ja keine Falschmeldungen im Sinne von Zeitungsenten, sie werden mit der Absicht der Manipulation der öffentlichen Meinung bewusst eingesetzt.

Wann wird eine Information zur Nachricht? Welche politischen Motive oder Ideologien stecken hinter Fake News? Wie verändern Fake News politische Debatten? Was machen sie mit dem Menschenbild? Solche und weitere Fragen werden laut Köchling für den Politikunterricht bedeutsam. Fake News

untergraben Grundlagen der politischen Meinungsbildung. Sie werden gern im Kontext populistischer und extremer politischer Positionen eingesetzt, die auch zunehmend in Äußerungen von Schülerinnen und Schüler Eingang in den Unterricht finden. Manchmal werde auch bewusst provoziert, so Köchling. Aufgabe des Politikunterrichts ist es laut Köchling, die Diskussionen zu versachlichen, indem eine gemeinsame Faktenbasis als Grundlage für Diskussionen im Fach Politik geschaffen wird: Die Meinungen mögen frei sein, die Fakten aber müssen stimmen – eine alte journalistische Regel.

Unterrichtsmaterialien fehlen

Unterrichtsansätze für politische Bildung stammen typischerweise von staatlichen Einrichtungen. Neben „So geht Medien“ gibt es „Klicksafe“, eine Aufklärungskampagne zur Förderung der Medienkompetenz im Auftrag der Europäischen Union, in Deutschland durchgeführt von der Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz und der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen.. „Diese Unterrichtsmaterialien setzten auf einer technisch-handwerklichen Ebene an oder eignen sich für die Informations- und Erarbeitungsphase, aber sie reichen nicht aus“, meint Jörg Köchling. „Fake News sind ein Beispiel für grundsätzliche politische Herausforderungen in einer digitalisierten Gesellschaft. Hier gilt es, mit den Schülerinnen und Schülern eine Grundhaltung zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufzubauen. Übrigens, eine Aufgabe aller Lehrerinnen und Lehrer – nicht nur im Fach Politik.“

Arndt Zickgraf in:

Klett-Themendienst Nr. 77-07/2017

BAG

28. BAG-Fachtagung

02./03. März 2018
in Berlin

Bundesarbeitsgemeinschaft der Lehrkräfte für die Berufsbildung in den Fachrichtungen Elektrotechnik | Informationstechnik | Metalltechnik | Fahrzeugtechnik e.V.

▫ Building Information Modeling (BIM) ▫ Gebäudesystemtechnik ▫ Sicherheitstechnik ▫ Digitalisierung ▫ Vernetzung ▫ Schnittstellen ▫ Datensicherheit ▫ Ferndiagnose ▫ Lernende Maschinen ▫ Künstliche Intelligenz (KI) ▫ Augmented Reality ▫ Virtualisierung ▫ Regenerative Energiesysteme ▫ Lade- und Speichertechnologien ▫ Energieeffizienz ▫ Power-to-Gas ▫ Power-to-Heat ▫ Elektro-Kraftfahrzeuge ▫ E-Bikes und Pedelecs ▫ Fertigungsverfahren ▫ Assistenzsysteme ▫ Simulation ▫ Qualitätssicherung ▫ neue Werkzeuge ▫ Innovative Verbindungstechniken ▫ Produktlebenszyklen ▫

Praxis- zugänge Unterricht und Beruflichkeit



- ✓ **Vorträge** ✓ **Workshops**
- ✓ **Gespräche** ✓ **Austausch**

mit Expertinnen/Experten und Kolleginnen/Kollegen
im Kontext neuer beruflicher Inhalte
und beruflichen Aufstiegs

Informationen zum Programm und Anmeldung unter:
www.bag-elektrometall.de

Tagungsort:

Georg-Schlesinger-Schule (12B01) • OSZ Maschinen- und Fertigungstechnik
Kühleweinstr. 5 • 13409 Berlin